

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:
 Deutschland und Europa
 Aus dem Düsseldorfer
 Korruptionssumpf
 Arbeitszeit-Chaos
 Steigende Wohnungsnot

Ihr versteht schon!

Also sprach Mussolini in Palermo:
 »Eine weitere Realität, die in Rechnung gestellt werden muß, ist das, was man heute gemeinhin die Achse Berlin-Rom nennt. Man kommt nicht nach Rom, indem man Berlin ignoriert oder gegen Berlin ist, und man kommt nicht nach Berlin, indem man Rom ignoriert oder gegen Berlin ist. Zwischen den beiden Regierungen besteht eine wirksame Solidarität. Ihr versteht, wenn ich sage, daß eine wirksame Solidarität vorhanden ist, und wenn ich sage wirksam, so versteht ihr, was ich damit sagen will.«

Die Wirksamkeit dieser Solidarität wird gegen die Rechtsordnung in Europa eingesetzt, gegen den Völkerbund, gegen den Gedanken der kollektiven Sicherheit, gegen den Status quo. Die wirksame Solidarität kann ansehnliche Zerstörungseffekte verbuchen: siehe Spanien, siehe Genf, siehe Südosteuropa, siehe den rücksichtslosen U-Bootkrieg im Mittelmeer, der sich jetzt schon bis ins Marmarameer ausgedehnt hat.

Wirksam sind dabei nicht die Reden der Männer der Achse, sondern wirksam ist die Drohung mit dem Krieg. Die Deklamationen gegen den Bolschewismus im Mittelmeer, über die Rolle der Achse, die das Mittelmeer vor dem Einbruch der Barbarei schützen müsse, sind nur ideologische Verhüllungen des brutalen Machtwillens der Achse. Einst waren für die Italiener die Deutschen die Barbaren, gegen deren Einbruch man das Mittelmeer schützen wollte — wer sind heute die Barbaren? Die Engländer oder die Franzosen? Die Achse will nicht »schützen«, sie will in Wahrheit Herrschaft und Vorherrschaft.

Im Krieg der Worte und Reden führt das faschistische Italien. In der offenen kriegerischen und seeräubermäßigen Aktivität im Mittelmeer ist es ebenso voran. Aber die entscheidende Wirksamkeit — das ist die deutsche Militärmacht. Was wäre das faschistische Italien mit seinen weltpolitischen Aspirationen, wenn es den anderen nicht mit Hitlers Säbel drohen könnte? Man kann Schätzungen darüber anstellen, daß bei einem allgemeinen Krieg die deutsche Militärmacht am Ende zerbrechen würde. Aber was würde diesem Ende vorausgehen? Die deutsche Militärmacht ist jedenfalls stark genug, um eine schauerliche Zerstörung in Europa anzurichten — und auf dieser Ueberlegung beruht die Erpressungspolitik der Achse. Sie läßt erkennen, daß sie keinerlei moralische, rechtliche oder humanitäre Hemmungen kennt. Geradezu mit Bosheit arbeitet sie an der Zerstörung der internationalen Sitten, im Großen wie im Kleinen.

Der Bruch Portugals mit der Tschechoslowakischen Republik wäre in einem befriedeten Europa eine Farce, die die aufgeregte Miniaturdiktatur der Lächerlichkeit preisgeben würde. Angesichts der Verwilderung der internationalen Sitten, die in Europa eingetreten ist, wirkt sie wie eine Demonstration, wozu die Diktatoren alles fähig sind. Diktatoren haben es jederzeit in der Hand, ihren Völkern einzureden, daß sie in ihrer Würde gekränkt und ihrer nationalen Ehre beleidigt worden seien. Der Ehrenpunkt kann von den betreffenden Propagandaministerien binnen zwölf Stunden fabriziert werden. Gegen die absolute und gewollte Willkür gibt es keinen Schutz. Und was ist es anders als demonstrierte, mit zynischer Offenheit sich zu erkennen gebende Willkür, was heute die Politik der Achse ausmacht?

Willkür und Zerstörung durch die wirksame Solidarität der Achse — aber was noch? Welchen konkreten Zielen soll diese Politik der Erpressung mit der Kriegsdrohung dienen? Niemand wird an-

Die „Deutsche Akademie“ — eine Gestapo-Filiale!

Spitzelentlarvung in Schweden

Die schwedischen Behörden sind auf die Spur einer Gestapo-Spitzelzentrale gekommen, die seit längerer Zeit im Norden eine weitverzweigte und vielseitige Wirksamkeit entfaltet und dabei ähnliche Methoden zur Anwendung gebracht hat, wie die jüngst aus England ausgewiesenen deutschen »Journalisten«. In Schweden zogen die Agenten des Hitlerreiches es jedoch meist vor, sich nicht als Zeitungskorrespondenten, sondern als »Sprachlehrer« zu tarnen. Zu den Hauptaufgaben der Spitzel gehörte auch hier die »Überwachung« der Emigranten sowie solcher Auslandsdeutscher, die in den Verdacht oppositioneller Gesinnung geraten sind. Besonders interessant ist, daß im Hintergrund der Machenschaften die sogenannte »Deutsche Akademie« in München steht. Dieses »Kulturinstitut« hat Repräsentanten in zahlreichen schwedischen Städten (Stockholm, Göteborg, Sundsvall, Gävle, Malmo u. a.). In die Tätigkeit des Göteborger Vertreters hat die Polizei nun gründlich Einblick genommen und es ist dabei zutage gekommen, daß die deutsche Akademie im Grunde nichts weiter ist, als eine... Gestapo-Filiale.

Wie das schwedische Regierungsorgan »Social-Demokraten« in Aufsätzen erregenden Veröffentlichungen am 17. und 18. August mitteilt, hatte der in Göteborg entlarvte Spitzel sich dort als »Sprachenlehrer« einen großen Schülerkreis geschaffen, was hauptsächlich auf die ganz lächerlich niedrigen Honorarforderungen zurückzuführen war, die er stellte. Er konnte sich das leisten, da

er seine eigentliche Bezahlung aus München erhielt und im Monat über zirka 1000 schw. Kronen verfügte. Es ist diesem Spitzel gelungen, als Veranstalter von Sprachkursen in Kreise der Arbeiterbewegung einzudringen. Seine Anweisungen erhielt er von einem bei der schwedischen Schulbehörde angestellten Deutschen, einem Dr. H. Kappner. Zweimal im Monat hatte der Spitzel nach München Rapport zu erstatten. Seine Tätigkeit muß die Zentrale im Reich vollauf zufriedengestellt haben, denn dort sah man sich veranlaßt, ihm Komplimente zu machen und seine Bezüge zu erhöhen. Gleichzeitig erging an ihn die Aufforderung, evtl. eintretende Schwierigkeiten (z. B. unerwünschte Aufmerksamkeit der Behörden) umgehend der »Deutschen Akademie« mitzuteilen. »Wir haben die Möglichkeit, Sie zu stützen...« schrieb man ihm.

Nunmehr ist diesen Leuten das Handwerk gelegt worden und die Polizei ist damit beschäftigt, den Fäden nachzugehen, die von ihnen in ein sicherlich weitverzweigtes über das ganze Land sich hinziehendes Spitzel- und Agentennetz hineinführen. Hierbei ist auch die nicht allzu überraschende Tatsache festgestellt worden, daß die — von Göbbels finanzierte — schwedische Nazi-Partei (Lindholm-Bewegung) ebenfalls im Auftrage des Dritten Reiches allenthalben Spitzel- und Überwachungsdienste für die Gestapo leistet. So stellte sich z. B. heraus, daß eine Ortsgruppe dieser Sekte einen regelrechten Vertrag mit der Gestapo hat, der sie verpflichtet, sowohl deutsche politische Flüchtlinge wie auch die

jüdische Wirtschaftsemigration ständig zu »überwachen« und über alle irgendwie bemerkenswerten Vorgänge Berichte nach Deutschland zu senden.

Das braune Netz in Belgien

Der »Peuples« in Brüssel berichtet über die Aktivität der Hitlerjugend in Belgien. Alle Kinder deutscher Eltern in Belgien werden gezwungen, in die Hitlerjugend einzutreten. Es handelt sich um eine regelrechte vormalige Organisation. Sie ist nach »Standorten« gegliedert. Die Standorte sind: Brüssel, Antwerpen, Ostende, Gent und St. Nicolas. Die »Standorte« sind vereinigt in der »Landesgruppe«. Der Sitz des Landesgruppenleiters ist Brüssel.

Die Hitlerjugend in Brüssel hat etwa 60 Mitglieder. Einmal wöchentlich finden für sie Schulungskurse in der deutschen Schule in Schaerbeek statt. Daneben werden Marsch- und Geländeübungen veranstaltet. Einmal im Jahre werden alle »Standorte« zu einem gemeinsamen Manöver zusammengefaßt. Das letzte dieser Manöver hat im Juni in der Höhe von St. Nicolas unter dem Oberbefehl des Stabes der »Landesgruppe« Belgiens stattgefunden.

Der »Peuples« schreibt dazu:

»So werden diese jungen Leute, die zu »künftigen Soldaten des neuen Deutschlands« dressiert werden, abgerichtet, die Topographie, die Wege, das Gelände usw. in unserem Lande kennen zu lernen.«

Exterritoriale Spionage

Die Ausdehnung des braunen Agenten- und Spitzelnetzes außerhalb der deutschen Grenzen ist in der letzten Zeit von verschiedenen Seiten her beleuchtet worden. Aus England, Brasilien, Schweden, Frankreich und Belgien sind Zwischenfälle und Affären mit braunen Spionen, Terroristen und Agitatoren berichtet worden. In England ist den Leuten des Herrn Bohle kräftig auf die Finger geklopft worden.

Das Außenamt der NSDAP hat nun einen genialen Plan gefaßt, der so unangenehme Betriebsunfälle verhindern soll. Die Leiter der Landesorganisationen der NSDAP im Ausland sollen in Zukunft einen den diplomatischen Vertretungen ähnlichen Charakter erhalten. Worauf es dem Chef dieser Spitzel- und Terrorzentrale, dem Gauleiter Bohle, dabei ankommt, ist, seinen obersten Agenten die Exterritorialität zu verschaffen.

Welche Rolle diese Agenten im Punkte Wirtschaftsspionage spielen, ist hinlänglich bekannt, welche Empörung sich in den demokratischen Ländern gegen diese braune Zellenbildung allmählich ansammelt, nicht minder. Ist der Gedanke nicht verflucht gescheit, die innere Opposition in den demokratischen Ländern einfach matt zu setzen durch den Hinweis, daß extritoriale Rechte nicht verletzt werden dürfen?

Und welche Gelegenheit, aus der Ausweisung eines Oberspions oder Oberterroristen eine nationale Ehrenfrage, eine Verletzung der diplomatischen Prärogativen zu machen!

Das Prinzip dieser Arbeit des Dritten Reiches heißt: Alles ist erlaubt. Und da ihnen in der Tat alles erlaubt zu sein scheint, sollen ihnen die Demokratien dieses Prinzip auch noch legalisieren.

Die Leistung von Weimar

Ein englisches Urteil.

Zu den vielen unvergänglichen Werten, die der braune Umsturz von 1933 unter seinem Schutze begraben hat, gehört auch die Wahrheit über die deutsche Republik. Jeder Versuch, sie wieder zur Geltung zu bringen, stößt auf fast unüberwindliche Widerstände. Denn so sehr die beiden größten Propagandaapparate der Welt, die von Berlin und Moskau, auch sonst gegeneinander arbeiten, in dem Bestreben, die vierzehn Jahre der Republik als »Jahre der Schmach« hinzustellen, einigt sie ein gemeinsames Interesse. Gut gemeinte, wenn auch politisch schlecht gezielte »Selbstkritik« hat noch zum Ueberfluß dazu beigetragen, das Bild der jüngsten deutschen Vergangenheit zu verzerren und zu entstellen.

Um so lebhafter muß es begrüßt werden, wenn der Sekretär der schottischen Arbeiterpartei, Arthur Woodburn, im Glasgower »Forward« der anti-sozialdemokratischen Geschichtslüge entgegentritt.

Dieserjenige, sagt Woodburn, die der Sozialdemokratie vorwerfen, daß sie keine proletarische Revolution durchgeführt hat, vergessen, daß die Revolution von 1918 nicht dem Sozialismus, sondern dem Frieden galt. »Wie immer das Urteil der Geschichte über jene Periode sozialdemokratischer Regierung lauten mag, niemand kann bezweifeln, daß jeder Versuch einer proletarischen Revolution unter den gegebenen Umständen zu einer zweiten Tragödie gleich jener der Pariser Kommune hätte führen müssen.«

Woodburn fährt dann fort:

»Aber diese sozialdemokratische Republik hat auch viel geleistet:
 1. Sie führte den Achtstundentag ein.
 2. Sie schuf die Betriebsräte und führte damit auf dem Gebiete der Betriebskontrolle durch die Arbeiter ein wertvolles Experiment durch.
 3. Sie gab den Frauen politische Rechte.
 4. Sie schuf sozialpolitische Einrichtungen, die für die ganze Welt vorbildlich wur-

den, Krippen, Kindergärten, Stille-Stuben, Schulspausen, Ferienheime, Jugendheime, Sportplätze. Das ganze Gesundheitswesen wurde revolutioniert.

Wir selber wissen gar nicht, in welchem Maße unsere eigene Entwicklung durch diese Pionierarbeit der deutschen Republik beeinflusst worden ist.

Die Schuld an dem Verlust aller Errungenschaften findet Woodburn in dem Verhalten der Kommunisten, die die Einheit der Arbeiterklasse zerbrachen.

Aus großer Zeit

Barbaren! Der große deutsche Bildhauer Ernst Barlach hatte seinerzeit für eine Lübecker Kirche eine Reihe von Plastiken geschaffen. Nunmehr sind diese Bildwerke von dort entfernt und — wie der »Völkische Beobachter« das so schön ausdrückt — »zur entarteten Kunst eingezogen« worden. Etwa zur gleichen Zeit wurden die neuen Ufa-Filme »Sherlock Holmes« und »Mein Sohn — der Herr Minister« amtlich mit dem Prädikat »künstlerisch wertvoll« ausgezeichnet.

Ein Brief aus Berlin. In der »Schwedischen Damenzeitung« (»Svensk Damtidning«), einem »gutbürgerlichen« Familienblatt, dem selbst Göbbels nicht »marxistische Greuelhetze« wird nachsagen können, ist ein »Brief aus Berlin« abgedruckt. Verfasserin: eine Schwedin, die dem Hitler-Regime durchaus nicht allzu unfreundlich gegenübersteht, sondern an dem braunen Rummel mancherlei »Monumentales« entdeckt und bewundert. Um so mehr lohnt es sich, gewisse Beobachtungen zu zitieren, die sie in der Reichshauptstadt gemacht hat. Man höre:

»Trotz der gewaltigen Propaganda für »Kraft durch Freude« ist Berlin keine frohsinnige Stadt. Ich bin mit der Untergrundbahn kreuz und quer gefahren und habe mir die Gesichter der Menschen angeschaut. Die meisten haben einen verbissenen Zug um den Mund. Beinahe niemals sieht man einen Menschen lächeln...«

»Ich will ein kleines Erlebnis erzählen: Als ich heute morgen meinen Kaffee getrunken hatte und bezahlen wollte, reichte mir der Ober ein kleines Zuckerpaket mit zwei Stücken, die übriggeblieben waren. Was sollte ich mit zwei Stücken Zucker machen? Ich schob sie zu ihm zurück. Da verbeugte er sich, stopfte sie in die Tasche und sagte: »Danke schön!« Wer würde sich in Schweden für zwei Stücke Zucker bedanken... Ich glaube, daß der Nationalsozialismus in Deutschland eines der größten Rätsel der Weltgeschichte ist und bleiben wird. Daß es sich um etwas Monumentales handelt, kann nicht bezweifelt werden, aber ein Schwede steht wie ein lebendiges Fragezeichen vor alledem und er spürt eine dringende Sehnsucht heimwärts nach seinem herrlichen Vaterland...«

Kurzum: da wandte sich der Gast mit Grausen... weil er nämlich statt des »lachenden von tatkraftem Optimismus beschwingten Volkese«, zu dem Hitler die Deutschen angeblich wieder gemacht hat, nur eine einzige große graue Misere zu sehen bekam.

Deutsche Richter! Eine kleine Tabakhandels-Firma in Hamburg hatte bis vor wenigen Tagen einen »nichtariischen« Mitbesitzer. Als dieser unerhörte Skandal den Nazis ruchbar wurde, verlangte der Kreisleiter das sofortige Ausscheiden des »Minderraasigen« aus der Firma und drohte im Falle der Nichtbefolgung mit dem sofortigen Entzug der Handelserlaubnis. Der »arische« Teilhaber setzte darauf seinen jüdischen oder halb-jüdischen Kompagnon einfach an die Luft, ohne ihm auch nur einen Pfennig seines Firmenanteils auszuzahlen.

Die Sache kam vor das Hanseatische Oberlandesgericht, das — natürlich nicht das allermindeste an dem Verhalten des biedereren Volksgenossen auszusetzen hatte, sondern (laut »Berliner Tageblatt« vom 14. 8.) ihn

»für berechtigt erklärte, unter sofortiger Auflösung der Gesellschaft das Unternehmen mit Aktiven und Passiven zu übernehmen, weil...«

Nein, nicht etwa, weil irgend ein Nazigesetz solchen Raub sanktioniere, sondern — ganz ohne alles jüdisch-juristische Federlesen — weil dem »Arier«

... nicht zuzumuten sei, sich mit dem Willen des Kreisleiters in Widerspruch zu setzen.

Punktum. Vergebens berief sich der »Nichtarier« auf das bekannte Schreiben des Reichswirtschaftsministers, wonach Einzelaktionen gegen die Betätigung von Juden auf wirtschaftlichem Gebiet zu unterbleiben haben. Dem Gericht imponierte dieser Hinweis nicht im mindesten. Gesetze, Verordnungen, Erlasse — all das steht ja schließ-

Hitler erzeugt Fürsorgezöglinge in Massen

Der Grad der deutschen Kinderverwahrlosung

Folgende amtliche preußische Statistik über die erfolgten Gerichtseinweisungen verwahrloster oder gefährdeter Jugendlicher in Fürsorgeerziehung macht jetzt die Runde — zwar nicht durch die eigentliche Nazipresse, die sich wohl hüten möchte, dieses Dokument ihrer eigenen moralischen Schande der Öffentlichkeit zu übergeben, aber durch die ob das Phänomens offensichtlich arg bedrückte und kleinlaut, meist nur in Amtsstuben gelesene Fachpresse (in diesem Falle des halbamtlichen »Nachrichtendienstes des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge«, der seit drei Jahren unter einer Hitler-Respektsperson, dem »Reichshauptamtsleiter« Althaus steht):

Zahl der Einweisungen:	in der Jahren:
4921	1932
6113	1933
7500	1934
9055	1935

Das Ungeheuerliche verraten diese amtlichen Ziffern, daß nach ihnen der Grad deutscher Jugendverwahrlosung, soweit er überhaupt erfassbar ist oder ihn das Regime erfassen will (was in allen Fällen, wo die Verwahrlosung aus dem besonderen sittlich-»erzieherischen« Komplex des Parteibetriebes erwächst, natürlich unter keinen Umständen in Frage kommt!) um so ziemlich hundert Prozent seit der »liberalistisch-marxistischen« Ära gewachsen ist! Die Erscheinung selbst hat auch in solchen Beobachterkreisen des Auslandes, die mit durchaus wohlwollenden Absichten der Hitlerei gegenüber nach Deutschland fahren und sich nur einigermaßen gewissenhaft dort orientierten, geradezu Grauen erregt. Der beste Beweis ist das Gutachten, das in diesen Wochen erst von einer Anzahl angesehener amerikanischer Geistlicher nach einem solchen, unter keinem irgendwie gearteten politischen »Vorurteil« erfolgtem Besuch Deutschlands drüben niedergelegt wurden. Nach der Baseler »Nationalzeitung«, die darüber leitartikelförmig berichtete, spricht

lich nur auf dem geduligen Papier. Der Herr Kreisleiter jedoch — das ist ein höchst realer und gar nicht geduldiger Machtfaktor und niemandem ist zuzumuten, »sich mit dem Willen des Kreisleiters in Widerspruch zu setzen...«

Niemandem! Auch einem feierlich aufs Gesetz vereidigten, einem garantiert »unabhängigen« deutschen Richter nicht!

»Statistik«. Wie das zustandekommt, was in Deutschland immer noch den Namen »Statistik« führt, läßt sich wieder einmal an einem hübschen Beispiel belegen. Dieser Tage meldete eine höchst amtliche Verlautbarung, daß es im Dritten Reich nunmehr nur noch 565.000 Arbeitslose gäbe. Am ausgerechnet gleichen Tage ging eine von der »Reichspost« veröffentlichte Notiz durch die braune Presse, wonach gegenwärtig 800.000 Radiohörer in Deutschland von der Zahlung der Rundfunkgebühren befreit sind. Diese Vergünstigung wird gemäß den Bestimmungen bekanntlich nur langfristig Erwerbslosen zuteil, jedoch nur dann, wenn kein unterhaltspflichtiger Angehöriger des Antragstellers in Arbeit steht. Wenn wir großzügig sind und auf jeden dieser langfristig arbeitslosen Funkhörer nur zwei erwachsene Familienangehörige rechnen, die sein Radiogerät mitbenutzen und logischerweise ebenfalls erwerbslos sein müssen (dann ergibt sich eine Zahl von 2,4 Millionen arbeitsloser Radiohörer. Daß die Mehrzahl der Arbeitslosen überhaupt kein Radiogerät besitzt, werden wohl selbst die braunen Statistiker nicht bestreiten können. Trotzdem setzen sie die Gesamtzahl der Erwerbslosen diktatorisch auf 565.000 fest und wehe dem, der es wagen wollte, diese Herren unter Berufung auf Adam Riese der »Göbbelei« zu bezichtigen. Ihm würde man stracks im Konzentrationslager das »arteigene« braune Einmaleins beibringen... K. K.

Prophetie und Wirklichkeit

Vor zwei Jahren, im Sommer 1935, gab die Berliner Börsenzeitung ein Sonderheft 3 heraus, das dem »Reichsnährstand des deutschen Volkes und seinem Aufbauwerk gewidmet« war. Zu diesem Sonderheft schrieb der Reichsernährungsminister und Bauernführer Darré ein Geleitwort. Darin heißt es:

»Die Voraussetzungen für die Erzeugungsschlacht hat die nationalsozialistische Agrarpolitik in erster Linie dadurch geschaffen, daß man den Nährstand aus der privatkapitalistischen Marktregelung aus-

dieses Schriftstück wörtlich von »Promiskuität«, also der Primitivform der des Verhältnisses der Geschlechter untereinander — bei gewissen wilden Stämmen in der Südsee noch zu finden —, die in der »Staatsjugend« in Deutschland gang und gäbe sei. Wobei sich vierzehn- oder fünfzehnjährige Väter unehelicher Kinder einfach gegenüber den Verhaltensweisen der Eltern auf ihre Autorität als Hitlerjugend-Führer, auf den ausdrücklichen »Willen des Führers« nach gesunder Volksvermehrung, auf die Rassenreden Fricks, Lays und anderer regierender Geister beriefen. Und doch sind das alles Fälle, die unter gar keinen Umständen einem deutschen Jugendgericht Anlaß zum Einschreiten wegen »sittlicher Gefährdung« geben dürfen. Wenn nun trotzdem die Gerichte die Zahl der Einweisungen in die Zwangserziehung aufs Doppelte steigern mußten, ohne daß sie es wagen konnten, auch nur im entferntesten an den eigentlichen Entstehungsherd der Moralpest rühren zu dürfen, so rundet sich hier, durch dürre Zahlen, ein Bild grauenhafter Verderbnis!

Sind etwa die sozialen Verhältnisse im Dritten Reich so viel schlechter geworden, als daß es dieser so auffällig größeren Härte der Jugendgerichte bedurfte? Aber gerade die Hitlerei rühmt sich ja, dem Massenelend durch ihre »Volksgemeinschaft« gesteuert und nicht zuletzt durch »Arbeitsbeschaffung« die allgemeine Kriminalität in Deutschland zurückgedrängt zu haben. Wäre das richtig, müßten dann nicht vor allem weit mehr Jugendliche ungefährdet im Elternhaus verbleiben können, statt in die Fürsorgeerziehungskaserne zu wandern, als das früher der Fall war?

Man muß die faulen Ausreden und verkrampten Eridarungsversuche für die statistisch hier registrierte Unterbilanz der Hitlerei in der gleichen halbamtlichen Informationsquelle, der wir die Statistik selbst entnehmen, nachlesen, weil sie den Grad der Nervosität der um die wahren Dinge Wissenden drüben sehr exakt aufzeichnet. Gleich

gliederte. Auch das Erbhofgesetz und die »Aararegelungsverordnungen mit den Festpreisen werden den Nährstand in den kommenden Jahren in den Stand versetzen, eine vollständige Sicherung unserer Ernährungsbasis herbeizuführen. Dieses Ziel muß im Jahre 1935 erreicht werden.«

Bekanntlich ist dieses Ziel weder im Jahre 1935, noch 1936 oder 1937 erreicht worden! Im Gegenteil: obwohl das Brot aus vermenschtem Getreide hergestellt wird, mußte die Weizeneinfuhr von 100.000 Tonnen im Erntejahr 1935/36 auf etwa 800.000 Tonnen im folgenden Erntejahr erhöht werden. Die Roggenseinfuhr mußte in der gleichen Zeit von 94.000 auf annähernd 150.000 Tonnen gesteigert werden. Obwohl der Fettverbrauch stark eingeschränkt werden mußte — von 1932 bis 1936 um 13 Prozent — mußte doch Fett in beträchtlicher Menge zur Einfuhr kommen. Auch in der Fleisch-, Eier- und Butterversorgung ist der »Nährstand nicht in den Stand versetzt worden, eine vollständige Sicherung unserer Ernährungsbasis herbeizuführen.«

Das System Darré und seine »Erzeugungsschlachten« sind also kläglich zusammengebrochen, was aber im Dritten Reich nicht verhindert, daß Darré trotz seiner erwiesenen Unfähigkeit als Reichsernährungsminister und Reichsbauernführer weiter amtiert!

Die gekürzte Lebensmittelration

Nach einer in den Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reiches wiedergegebenen Aufstellung (46. Jahrg., I. Heft) betrug der Verbrauch an Nahrungs- und Genussmitteln je Vollperson im Jahresdurchschnitt:

	1929	1936
Weizenmehl . . .	62,2 kg	59,3 kg
Speisekartoffeln . . .	201,0 kg	198,0 kg
Rindfleisch . . .	18,0 kg	13,8 kg
Kalb- und Schweinefleisch . . .	3,7 kg	3,4 kg
Schweinefleisch . . .	2,6 kg	2,4 kg
Margarine . . .	3,1 kg	2,3 kg
Kunstspeisefett . . .	0,3 kg	0,2 kg
Unverm. Speisefette . . .	1,3 kg	0,9 kg
Speiseöle . . .	2,3 kg	2,0 kg
Trinkmilch . . .	134,0 l	121,0 l
Eier (Stück) . . .	160	132
Zucker . . .	27,3 kg	26,0 kg
Kaffee . . .	2,2 kg	2,1 kg
Tee . . .	105 gr	77 gr

Dieser amtlichen Statistik ist also zu entnehmen, daß im vierten Jahre der nationalsozialistischen Diktatur das deutsche Volk in allen wichtigen Nahrungs- und Genussmit-

telnen weniger verbrauchen konnte, als in jenem Jahre, da die Regierung des Sozialdemokraten Hermann Müller dem Deutschen Reich vorstand.

Aus diesem gesunkenen Lebensmittelverbrauch spricht die Tatsache, daß die breiten Volksschichten heute ein viel niedrigeres Einkommen haben als damals und daß Görings Parole »Kanonen statt Butter« wohl für ihn, aber nicht für das deutsche Volk durchaus nicht nur auf dem Papier steht, sondern rücksichtslos durchgeführt wird.

Der Aufstieg

Die Umsätze des deutschen Einzelhandels an Nahrungs- und Genussmitteln betragen 1930 14,8 Milliarden RM, im Jahre 1936 nur 12,3 Milliarden. In der gleichen Zeit gingen die Einzelhandelsumsätze an Textilien und Bekleidung von 8,8 auf 7,6 Milliarden, die an Hausrat und Wohnbedarf von 4,1 auf 3,6 und die in Kultur- und Luxusbedarf von 4,4 auf 3,1 Milliarden RM zurück.

Das Reichsamt für Statistik bemerkt zu der Aufnahme des Schweinebestandes am 3. Juni 1937: »... Die Nachzucht von Schweinen ist eingeschränkt worden. An Ferkeln (acht Wochen alt) sind insgesamt 282.000 Tiere 8,2 Prozent weniger gezählt worden als Anfang Juni 1936. Die Verminderung der Nachzucht zeigt sich auch in dem Rückgang an Zuchtstieren. An Zuchtstieren ergibt sich ein Minderbestand von 222.000 Tieren = 10,1 Prozent, darunter an Jungstieren allein von 186.000 Tieren = 28,5 Prozent... Bei Beurteilung der Lage am Schweinemarkt ergibt sich, daß die Bestände an Schlachtschweinen und Läufern ausreichen, um den Schweinefleischbedarf im laufenden Jahre zu decken. Da sich aber trotz der im März 1937 ergangenen Warnung vor weiterer Einschränkung der Nachzucht der Rückgang der trächtigen Sauen fortgesetzt hat, können im nächsten Jahre Verknapplungen bei der Versorgung mit Schweinefleisch entstehen...«

Schöne Aussichten das!

Im oberschlesischen Kohlengbiet ist die arbeitstägliche Kohlenförderung vom Mai auf Juni von 81.900 auf 66.100 Tonnen zurückgegangen, das ist um 19 Prozent! Eine Verminderung der Belegschaft ist nicht erfolgt.

Der Düsseldorfer Korruptionssumpf

Erlaushtes und Erlebtes in der Stadtverwaltung — Der Fall Esch

Bis zum Frühjahr 1933 saßen jahrelang auf dem Finanzamt Nord in der Roßstraße der Regierungsrat Dr. Wagenführ als Dezernent und ihm zugeordnet seine zwei Steuerinspektoren, Schülbe und Esch. Tür an Tür. Schülbe bearbeitete die Einkommensteuer der GmbHs, und Esch die offenen Handelsgesellschaften. Schülbe und Esch waren eng befreundet und sind es geblieben bis zu jenem dramatischen 13. März 1937, über den wir sprechen wollen. Von 1933 ab konnte man die beiden auch in den bekannten Düsseldorfer Vergnügungs- und Bierlokalen zusammen sehen. Schülbe ist alter Nationalsozialist — er hat das goldene Parteiazzeichen — und dürfte 34 Lenze zählen. Er ist NS-Kreisamtsleiter und führt den Kreis Düsseldorf des Amtes für Beamte. In dieser Eigenschaft sind ihm von den in Düsseldorf ansässigen Behörden alle Anträge auf Besserstellung und Beförderung von Behördenangestellten und Beamten zur Begutachtung vorzulegen. Schülbe wird uns am Ende dieses Berichtes wieder begegnen.

Esch erlebte die große Wendung seines Lebens im Frühjahr 1933. Reg.-Rat Dr. Wagenführ wurde im Kampf zwischen den Machthabern der NSDAP als Kompromißkandidat Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf. Von dieser Ernennung war sicher keiner überraschter als Dr. Wagenführ selbst, denn er war bis dahin ein unbedeutender Reg.-Rat, der es trotz seiner beinahe 50 Jahre nicht weiter gebracht hatte. Auch datierte seine Parteizugehörigkeit erst von 1932, während er bis dahin friedlich auf liberalen Gefilden gegrast hatte. So bestieg denn im April 1933 Herr Wagenführ den Sessel des Oberbürgermeisters. Er hatte den Sessel noch nicht recht angewöhnt, da entbot er den alten, bewährten städtischen Steuerdirektor Weyrauch zu sich und sprach ihn in Gegenwart des Verwaltungsdirektors Kroschke etwa so an: »Herr Direktor Weyrauch, Sie haben seit über 30 Jahre tadelsfrei der Stadt gedient. Sie haben jahrelang das städtische Steueramt geleitet, es ist weder gegen Ihre Amtsführung noch gegen Ihre Person das mindeste zu sagen, aber Sie werden Verständnis dafür haben, wenn ich Wert darauf lege, daß der so wichtige Posten des städtischen Steuerdirektors von einem zuverlässigen Nationalsozialisten bekleidet wird. Ich erwarte daher von Ihnen, daß Sie Ihr Pensionierungsgesuch einreichen.«

Weyrauch, der zwar für diese Auffassung keinerlei Verständnis hatte, war klug genug, das Feld zu räumen. — Als bald wurde der 28jährige Inspektor vom Finanzamt Nord, Erich Esch, zum Steuerdirektor ernannt und hielt vom Applaus der »Volksparole« begleitet, seinen Einzug ins Steueramt. In jenen Tagen schrieb die »Volksparole«, daß nunmehr das »graue Haus an der Dammstraße«, bisher ohne jedes Verständnis für die wirtschaftlichen und sozialen Belange der Bürgerschaft geleitet, nicht mehr ein Schreckensbegriff für den Steuerzahler, sondern ein Hort der nationalsozialistischen Gerechtigkeit und Volksgemeinschaft sein werde. Den Bürgern ebenso wie der Stadtverwaltung gleichermaßen zur Freude.

Nach der Einführung von Esch, die Wagenführ selbst vornahm, übernahm der Letztere auch das Stadtsteueramt in sein eigenes Dezernat. Zwischen Esch und Wagenführ stand kein störender Dritter, kein Beigeordneter war Herr Esch vorgesetzt. Wagenführ stattete den Esch mit den im Dritten Reich üblichen geradezu diktatorischen Vollmachten aus und damit begab sich Esch an die Arbeit. Er stieß die bisherige Organisation des Amtes völlig um und baute eine neue. Die hervorstechendsten Merkmale waren die Besetzung einschneidender Kontrolleinrichtungen und die Unterdrückung auch des letzten Restes von Selbständigkeit der dem Esch untergeordneten Beamten. Es gelang ihm, in kurzer Frist aus seinen Mitarbeitern eine Gefolgschaft serviler Speichellecker zu formen; außerdem zeigte sich sehr bald, daß er in allen Dingen völlig unbezweifelnd die Unterstützung des Oberbürgermeisters hatte, daß Widerspruch gegen Esch ein Widerspruch gegen den Oberbürgermeister, gegen die Partei, gegen die Staatsgewalt war und entsprechend geahndet wurde. So schuf sich Esch, von Wagenführ unterstützt, das Instrument seiner Macht. Und dann kam die Machtanwendung! Schon bald nach dem Amtsantritt Esch's sprach es sich in Düsseldorf herum, daß die durch die »Volksparole« geweckten Hoffnungen nicht in Erfüllung gingen. Man wußte zwar durchaus, daß es im Wesen eines Steueramtes

liegt, eine nehmende Behörde zu sein, daß man den Umgang mit ihr nicht mutwillig suchen soll. Aber soziales und wirtschaftliches Verständnis, Gerechtigkeit in der Sache und Höflichkeit im Ton, die hatte man — bisher wohl nicht vermisst — jetzt im verstärkten Maß erwartet. Das Gegenteil trat ein und manche Beschwerden gelangten auf den Tisch des Oberbürgermeisters, doch keine derselben fand Beachtung. Es war die immer wiederkehrende Bemerkung von Dr. Wagenführ, wenn ihm eine Beschwerde zugeing: »Ich werde das mit Herrn Direktor Esch persönlich besprechen.« Und dann hielt er das Schreiben zurück, anstatt es, wie es sonst geschah, nach Eintragung ins Briefbuch seines Vorzimmers in den Geschäftstag zu geben, damit es ordentlich erledigt wurde. Es ist auch vorgekommen, daß der Oberbürgermeister und Dezernent des Steueramtes Beschwerden oder unbequeme Rückfragen, die aus dem Rathaus selbst an die Adresse von Esch gerichtet waren, anhielt und zurückwies.

So entstand im Rathaus der Eindruck, daß Esch nicht nur die volle Deckung des Oberbürgermeisters hat, sondern daß darüber hinaus Bindungen zwischen beiden bestehen, die den dienstlichen Rahmen überschreiten. Ein Eindruck, der durch das Gerücht, daß zwischen beiden Duz-Freundschaft besteht, daß Esch im Hause Wagenführs verkehrt und sein Skatbruder sei, vertieft wurde.

Ende 1936 kam es im Steueramt zu einer Revolte gegen Esch. Angestellte und Beamte hatten, wie alljährlich, in vielen Ueberstunden die Steuerkarten auszuschreiben. Für jede Karte war ihnen eine Sondervergütung von 2 Pfg. versprochen worden. Als es aber an die Auszahlung der verdienten Beträge gehen sollte — etwa RM 20.— für jeden — da erklärte Esch, er bewillige, da er sparen müsse, nur die Hälfte für jede Karte. Nun rotteten sich unter Führung von »alten Kämpfern« die Geplitteten zusammen. Von 8 Uhr bis Mittag vernahm das erstaunte Publikum, dem der Zutritt zum »Grauen Haus« verwehrt war, Rufe wie: »Komm raus, Esch, wir schneiden Dir den Hals ab« und ähnliches. Der »Adjutant« des Esch, Brüger, der sich ins Getümmel begab, wurde buchstäblich an die Wand gequetscht und Esch war in seinem Dienstzimmer mehrere Stunden belagert, bis er um 12 Uhr, nachdem die Unzufriedenen in sein Vorzimmer eingedrungen waren, sich zur Auszahlung der vereinbarten Beträge herbeiließ.

Im Herbst 1936 fand für die in die Verwaltung aufgenommenen »alten Kämpfer« ein Schnellkursus auf die Sekretärprüfung statt. Die »alten Kämpfer« erklärten dem Kursusleiter, daß sie den arroganten Esch als Vortragenden nicht weiter dulden und beim Wiedererscheinen ihn mit Tintenflüssern, Stuhlbeinen usw. k. o. schlagen würden. Worauf Esch als Lehrer nicht mehr sichtbar wurde.

Esch ist Sturmführer bei der SA-Standardtruppe 39, er führt die Kasse dieser Formation. Der Stab verspürte Anfang 1936 das dringende Bedürfnis nach einem Auto, das bei der übergeordneten Stelle keine Anerkennung fand. Esch machte der Standardtruppe 39 seinen eigenen Wagen zum Geschenk und versah sich selbst mit einem neuen und schöneren. Man konnte Esch übrigens täglich, wenn er nicht gerade auf einer der vielen Dienstreisen in alle Bezirke Deutschlands war — darin zum Dienst fahren sehen. Die stumme Frage der vielen, woher wohl bei einem Gehalt von etwa 550 RM das Geld zu solchem Wagen komme, blieb bis zum 13. März 1937 unbeantwortet. Auch fragte sich alle Welt, woher Esch das Geld hatte für das Haus, welches er auf den Namen seiner Frau an der v. Galen-Str. erworben hatte. Sein Vater, ein braver Steuerinspektor, der in Honnef im Ruhestand lebt, kann seinen vier Kindern keine Häuser kaufen. Die Frau des Esch ist auch aus bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen in Düsseldorf. Auch daß Walter Esch, ein Bruder, Handlungsgehilfe in einem Werk in Düsseldorf, Vater von vier Kindern, durch den Kauf eines Hauses in der Eitelstraße in jüngster Vergangenheit Grundeigentümer wurde, war Gegenstand verwunderten Staunens.

Alle diese Fragen haben ihre Lösung gefunden: Am Samstag dem 13. März 1937 wurde Esch verhaftet, wie es hieß, wegen Unregelmäßigkeiten. Der Oberbürgermeister, der am 16. März 1937 die Dezernenten zusammenrief, nannte es einen schweren Vertrauensbruch eines Mannes, dem er sein besonderes Vertrauen geschenkt, den er auch

heute noch für sachlich hochqualifiziert halte, der aber charakterlich nicht gleich wertvoll sich erwiesen habe.

Der Eklat vom 13. März kam keineswegs so unvermittelt, wie es zunächst schien. Schon wochenlang erzählte man sich, daß das Steueramt korrupt sei und in den Kneipen der Altstadt konnte man Namen und Zahlen hören. Vielfach waren es Juden, von denen man erzählte, daß sie Bestechungsversuche des Esch und seiner Leute erliegen oder aber mehr oder minder eindeutig erpreßt worden seien. Das vermehrte die Hemmungen der Betroffenen, auch ihrer Anwälte, die Dinge beim Namen zu nennen. Und die Beamten-schaft, und die unbeteiligten Bürger? Sie alle wußten um die Deckung, deren Esch sich erfreute. Sie wußten, daß jeder Versuch, die Dinge zur Sprache zu bringen, damit enden würde, daß nicht Esch, sondern sie selbst als die Verbrecher dastehen würden, als Meckler, Verleumder, Parteigegner, Staatsfeinde usw. Um wieviel mehr mußten Juden und deren Vertreter Befürchtungen hegen! So wuchs, vom aufmerksamen Beobachter wohl-gemerkt, aber ungestört das Geschwür, bis er fast von selbst platzte.

Die Sache hat ihren Anfang genommen mit der Beschwerde eines »alten Kämpfers« nicht beim Oberbürgermeister, sondern beim Reichsbund der Beamten. Die Beschwerde richtete sich gegen das unsoziale Verhalten des Esch und die entwürdigende Arbeit, die er seinen Beamten zumutete. Esch war gerade in Urlaub gefahren. Gegenstand der Beschwerde war insbesondere folgender Sachverhalt: Esch hat drei belanglose Bücher zum Bürger- und Gewerbesteuerrecht geschrieben. Bemerkenswert an diesen Büchern ist nur das Vorwort des Oberbürgermeisters, das sie alle begleitet. Die Manuskripte hat Esch durch das Personal seines Steueramtes schreiben lassen. Die fertigen Druckexemplare sind dann ins Steueramt gebracht, dort von Beamten verpackt und an Steuerpflichtige — ohne vorherige Bestellung — zum Versand gebracht worden. Besonders auch jüdische Firmen, Anwälte und Treuhänder waren als Kunden gesucht. Die Beamten der Gewerbesteuerabteilung mußten während der Dienststunden gegen mäßige Erfolgsprovision die Bücher an Steuerpflichtige von Haus zu Haus vertreiben. Die Verwendung als Provisionsvertreter und Kolporteure empfanden die Beamten als außerhalb ihrer Dienstobliegenheiten liegend und entehrend. Noch unfreundlicher nahmen sie es auf, wenn ihnen Esch ihre Reisespesen, Aufwands- oder Uebernachtungsgelder in Sachwerten, eben seinen Büchern abgalt und das ihm von der Stadtkasse in bar gezahlte Geld dafür in seinem Verlag vereinnahmte, und auf diese Weise das große Vorbild seines »Führers« kopierte.

Von der Gauleitung der NSDAP ist daraufhin eine Untersuchung mit Zeugenvernehmung veranstaltet worden. Binnen wenigen Stunden war das in der Stadt bekannt. Es scheint daraufhin, wie das in solchen Fällen zu geschehen pflegt, Beschuldigungen gegen Esch von allen Seiten geregnet zu haben. In diesem Stadium schaltete sich die Polizei ein. Der Oberbürgermeister telefonierte am 10. und 11. März 1937 mit Esch, der in Garmisch weilte und forderte ihn auf, zurückzukommen. Am Freitag dem 12. März traf er in Düsseldorf ein und wurde am Samstag früh verhaftet. Das gleiche Schicksal ereilte seinen »Adjutanten« Böger. Seither hörte man von Bestechungsgeldern, die Esch angenommen haben sollte und bald erreichten die von der gesprochenen Zeitung mitgeteilten Ziffer sechsstellige Zahlen. Dann hörte man, daß Esch sein Unwesen schon jahrelang betrieben. Am 20. März 1937 durchleiste die Stadt die verbürgte Nachricht, daß im Keller des Bruders von Esch eine vergrabene Kiste gefunden sei, deren Inhalt, — RM 492.000.— in bar und RM 19.000 in Effekten und Devisen — bei der Gerichtskasse eingeliefert wurde. Gleichzeitig wurde bekannt, daß neben anderen Personen auch der Bezirksführer des NS-Rechtswahrerbundes, Dr. Ludwig Döhmen, dessen Beziehungen zu Esch in gemeinsamen Barbesuchen stadtbekannt waren, von der Polizei ergriffen worden sei. — Dann erschien die Bekanntmachung des Polizeipräsidenten:

Düsseldorf, den 23. März 1937. Wie durch die Zeitungserklärung des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Wagenführ schon bekannt geworden ist, wurden der Stadtsteuerdirektor Esch und eine Reihe seiner Genossen wegen gemeinschaftlicher passiver und aktiver Bestechung und anderer Verbrechen im Amte festgenommen. In

diesem Zusammenhang befinden sich z. Z. nachfolgend aufgeführte Beamte der Stadtverwaltung Düsseldorf und sogen. Steuerberater in richterlicher Haft:

Stadtsteuerdirektor Erich Esch
Steuerinspektor Erich Gottschlich
Obersteuerinspektor Oskar Grabe
Prokurist Paul Marx
Stadtinspektor Ernst Böger
Steuerberater Christian Stappen
Kaufmann, Angestellter Walter Esch
Dr. Ludwig Döhmen
Frau Paul Nacke.

Die Möglichkeit des Zugriffs ist zwei pflichttreuen Parteigenossen der Stadtverwaltung zu verdanken. Nach Abschluß des Verfahrens werde ich mich dafür einsetzen, daß diese beiden pflichttreuen Beamten öffentlich belobigt werden und sie für ihr Verhalten eine behördliche Anerkennung erhalten. Stadtsteuerdirektor Esch und Genossen haben in der gemeinsten und verbrecherischsten Art und Weise seit geraumer Zeit an sogen. Steuerändern Zwangsmaßnahmen durchgeführt, bezw. solche angedroht, um sich an den so herausgepreßten Beträgen persönlich zu bereichern. Die Opfer, gegen die sich die jeweilige Aktion richtete, wurden in geradezu mittelalterlicher Weise erpreßt, bis sie ihre Schuld anerkannten und als Sühne die geforderten Beträge herausgaben. — So ist es z. Z. nachgewiesen, das Einzelbeträge von insgesamt über eine Million Reichsmark den Gaunern in die Hände gefallen sind. Durch rücksichtsloses Zugreifen gelang es bisher, etwa eine Million Reichsmark dem Staat sicherzustellen.

Die gesprochene Zeitung vermehrte das Staunen des Volkes durch die ergänzende Nachricht, daß schon im Jahre 1929 beim Finanzamt Nord gegen Esch und einige andere eine Disziplinaruntersuchung wegen Bestechungsversuch stattgefunden hatte und daß Esch vor einigen Jahren die Steueramnestie für sich in Anspruch genommen habe, wodurch das Rätsel um das 1932 gekaufte Haus eine natürliche Lösung findet. Wie Esch und seine Kumpane das Ideal des preußischen Beamtentum verliebendigt, wie sie den Wahlspruch »Gemeinnutz geht vor Eigennutz« als echte Nazis anwendeten und wie die Volksgemeinschaft der Nazis aussieht, das wurde jetzt öffentlich bekannt. Alle Arten des Verbrechens, von der Unterschlagung und dem Diebstahl über die Bestechung bis zur Erpressung sind praktiziert worden. Besonders befallig nahm Esch Barsummen entgegen in Briefumschlägen mit der Aufschrift: »Für die Ausstellung »Schaffendes Volk« (Raffendes Volk) — Diese diskreten Leistungen hat Esch von den Steuersündern zur Abwendung von Strafverfahren gefordert.

So sah sich der Oberbürgermeister vom Esch getäuscht und verraten. Getäuscht und verraten? O nein, er ist im vollen Umfange mitschuldig und das nachträgliche Verhalten kennzeichnet ihn auch noch. Denn kaum, daß Esch hinter den schwedischen Gardinen saß, empfand der Oberbürgermeister das Bedürfnis, die vakant gewordene Stelle neu zu besetzen. Was gab es viel zu suchen in der vieltausend Mann starken Stadtgefolgschaft? Keiner von allen hatte Geist und Charakter genug, den Inhaftierten zu ersetzen, hier konnte nur einer helfen: Schülbe!! Rasch wurde er zum Steuerdirektor ernannt und unter dem Beifall aller Amtlichen bestieg er den verlassenen Stuhl; sein Konterfei brachte die »Volksparole«. Das aber war dem Regierungspräsidenten denn doch zu viel. Er griff zur ultima ratio regis und sandte in das städt. Steueramt, in des Oberbürgermeister eigenes Dezernat, seinen Staatskommissar; worauf Herr Schülbe, den penetranten Geruch des Amtes vorschützend, sich in Urlaub begab.

Der Fall Esch, dem dereinst einmal in der Geschichte des Dritten Reiches ein bedeutsamer Platz zukommen dürfte, ist in zweifacher Hinsicht bemerkenswert. Zum ersten: kaum irgendwem und irgendwo in der Geschichte dürfte es bislang zu verzeichnen sein, daß eine ganze Behörde, mit Stadtsiegel und Fahne ausgerüstet, sich in eine Räuberhöhle verwandelt, die — um die Ausdrucksweise des Polizeipräsidenten und SS-Obergruppenführers zu gebrauchen: »... in geradezu mittelalterlicher Weise ihre Opfer erpreßt, bis sie ihre Schuld anerkannten und die geforderten Beträge herausgaben...« Zum zweiten: der Fall Esch richtet das System in seiner Gesamtheit, denn er beweist, wohin persönliche Politik der Behördenchefs führt. Er zeigt, was dabei herauskommt, wenn die Beamtenschaft zum Servilismus erzogen und so geschreckt wird, daß aus ihr nicht mehr die Stimmen laut werden können, die rechtzeitig Alarm schlagen und zu rechtzeitiger, gerechter und ernstlicher Untersuchung Anlaß geben. Er erweist, welche

Steigende Wohnungsnot

2 1/2 Millionen Wohnungen fehlen in Deutschland

Folgen die Unterdrückung jeder, auch der zarresten Kritik an öffentlichen Dingen durch die Presse nach sich zieht. Er läßt erkennen, welcher Art die Wirkung ist, die sich aus der Beseitigung jeder Kontrolle des Gemeindeapparates durch die Beauftragten der Bürgerschaft ergibt. So konnte, von allen Hemmnissen befreit und vom Terror behütet, die Elterbeule schwären und wachsen, bis sie schließlich aus nichtigem Anlaß, fast wie von selbst aufbrach.

Das sind die Lehren aus dem Fall Esch. Und seine Wirkung? Kein »Auslandszügefeldzug« und keine jüdische Greuelpropaganda, keine Zersetzungsarbeit »roten Untermententums«, kein Wühlen der Schwarzen und der Reaktion, der »Pfaffen« und der Monarchisten hätte in Düsseldorf in Jahren das vollbringen können, was der Fall Esch in drei Tagen vollbrachte.

Radschläger.

Der neue Imperium im Aufbau

Eine aufschlußreiche Dringlichkeitsliste

Mit beispielloser Brutalität ist es Mussolini gelungen, das abessinische Volk sich botmäßig zu machen und seinem kleinen König eine große Kaiserkrone auf die Haupt zu drücken. Nach der Eroberung soll nun die Erschließung des Landes beginnen. Man müßte annehmen, daß der Duce sich verpflichtet fühlt, das abessinische Volk einigermaßen für das unsägliche Leid, mit dem er es heimgesucht hat, durch Segnungen der Kultur zu entschädigen und, was er zerstört hat, wieder aufzubauen. In der Tat hat er einen Sechsjahresplan aufgestellt, dessen Erfüllung nach dem »Deutschen Volkswirtschaft« das Kolonialreich in den Stand setzen soll, wirtschafts- und sozialpolitisch, verwaltungstechnisch und militärisch richtig zu funktionieren. Aber es ist leichter, einen Voranschlag für Ausgaben zu machen, als die dazu erforderlichen Einnahmen aufzubringen. Weiß der Sechsjahresplan »mit den finanziellen Möglichkeiten des Mutterlandes weitgehend rechnen muß«, hat der Duce die geplanten Ausgaben nach einer Dringlichkeitsliste gestaffelt. Es ist nun nichts bezeichnender für das Wesen des faschistischen Regimes als diese Rangordnung der Dringlichkeiten. Insgesamt sind zur Erfüllung des Sechsjahresprogramms 12 Milliarden Lire vorgesehen. Die Ausgaben sind in fünf Dringlichkeitsstufen eingeteilt; auf je tieferer Stufe der Dringlichkeit eine der geplanten Ausgaben steht, um so weniger sicher ist, daß sie wirklich gemacht wird.

An erster Stelle steht der Straßenbau; für ihn ist der weitaus größte Teil der Gesamtausgaben eingesetzt, 7.730 Millionen Lire, also fast zwei Drittel, »wie dies in einem Riesenreich wie Abessinien nicht anders zu erwarten ist, wo Verkehrswege völlig fehlend«. Das läßt sich einigermaßen rechtfertigen. An zweiter Stelle folgt dann aber der Bauetat mit 1600 Millionen Lire. Er und der Wegebau zusammen würden also bereits drei Viertel der Gesamtausgaben erschöpfen. Was sind das nun für Bauten, auf die etwa 12% der Gesamtausgaben entfallen? Wiederaufgebaute Wohnstätten der Eingeborenen? Keineswegs. Zwar für Krankenhäuser sollen 24 Millionen ausgegeben werden, das sind 1 1/2% des gesamten Bauetats. Und der Rest von 98 1/2%? Allein für die Errichtung zweier großartiger Bauwerke für die Residenz des Vizekönigs und des Generalgouverneurs von Addis Abeba sollen 27 Millionen Lire ausgegeben werden, also mehr als für Krankenhäuser. Außerdem sollen kosten Beamtenwohnungen 20 Millionen, Militär- und Zivilamtsgebäude 40, ein zentrales landwirtschaftliches Inspektorat 14, 21 die Errichtung sonstiger öffentlicher Gebäude und 112 der Bau von Neu-Addis Abeba. Das bezieht sich aber nur auf das Gouvernement Addis Abeba. In den drei Gouvernements Harar, Galla Sidamo und Amhara sind überhaupt nur Amtsbauten und Residenzen für Beamte vorgesehen, »72,3 Millionen für die bauliche Gestaltung der Gouvernementssitze, 360 Millionen für 30 Baukommissariate, 550 für die Schaffung und Ausgestaltung von 110 Kreisresidenzen, 100 für weitere 100 Vizeresidenzen, 16 für 20 landwirtschaftliche Kreisämter«. In den beiden ersten Stufen der Dringlichkeit ist also fast nichts vorgesehen, was dem abessinischen Volke selbst zugute kommen soll, aber fast alles, was dazu bestimmt ist, seine Unterdrücker zu installieren und herrenmäßig einzuzutieren.

An dritter Stelle beginnen dann die Ausgaben, die man allenfalls als produktiv ansehen könnte. Für Hafenanlagen sind 670 Millionen ausgesetzt. Aber diese Ausgaben haben zum nichtgeringen Teil zweifellos einen militärischen Zweck. Sie sind nicht nur gegen die äußeren Feinde des Duce, sondern auch zur militärischen Unterdrückung

Vor etwa einem Jahr, als solche Erörterungen noch zugelassen waren, beschäftigte man sich in Deutschland mit dem Problem des Wohnungsmangels. Die nicht zu leugnende Abnahme des Wohnungsbaues floßte auch gleichgeschalteten Kreisen Besorgnis ein und sie versuchten, die nationalsozialistische Kriegswirtschaft zu einer Aenderung ihrer Wohnungspolitik zu bewegen. Das Institut für Konjunkturforschung veröffentlichte eine Untersuchung über den Fehlbedarf an Wohnungen. Es verstand darunter die Differenz zwischen der Anzahl der Familien oder Haushaltungen ohne eigene Wohnung und den tatsächlich vorhandenen Wohnungen. Das halbamtliche Institut kam zu dem niederschmetternden Resultat, daß Ende 1935 nicht weniger als 1,5 Millionen Wohnungen fehlten. Ende 1923 nach Krieg und Inflation hatte der Fehlbedarf nur 600.000 Wohnungen betragen. Zu ungefähr der gleichen Ziffer war auch der Oberbürgermeister Goerdeler gekommen.

Sowohl das Institut als auch Goerdeler beeilten sich, die Bedeutung ihres eigenen Ergebnisses möglichst abzuschwächen. Der tatsächlich zu deckende Bedarf sei geringer; als gleichgeschaltete Psychologen machten sie die Entdeckung, daß ein Teil der Haushaltungen eine eigene Wohnung gar nicht wünsche! Ein anderer Teil aber werde, je nach der Wirtschaftslage, sowohl im Augenblick als auch in der Zukunft nicht imstande sein, die notwendige Miete aufzubringen. Mit diesem Argument war allerdings zugestanden, daß der Wohnungsmangel unter der nationalsozialistischen Diktatur eine Dauererscheinung bleiben muß, aber es war geeignet, die Anforderung an eine soziale Wohnungspolitik herabzudrücken und auf ein Minimum zu beschränken. Goerdeler kam zum Schluß, daß zwei Drittel der von ihm genannten Zahl, also eine Million, als echter und dringlicher Wohnungsbedarf angesehen werden müsse. Das Konjunkturinstitut hielt die »tatsächlich ungedeckte Wohnungsnachfrage unter normalen Umständen«, das heißt solange nicht die Kaufkraft durch Wirtschaftskrisen besonders beeinträchtigt wird, jedenfalls für »größer als die Hälfte der wohnungslosen Haushaltungen«. Es folgte daraus, daß mindestens 750.000 Familien, die damals ohne Wohnung waren, sowohl den Willen zur eigenen Wohnung hätten als auch die Kaufkraft besäßen, die Miete für ihr Heim aufzubringen. Dabei läßt aber das Institut selbst es nicht an Andeutungen fehlen, daß die Deckung der »marktwirksamen« Nachfrage nach mindestens 750.000 Wohnungen von einem sozialen Standpunkt aus kaum ausreichend sei, und es wirft die Frage auf, ob nicht doch von vornherein angestrebt werden müsse, möglichst für alle 1,5 Millionen Haushaltungen ohne eigenes Heim neue Wohnungen zu schaffen. Goerdeler war in dieser Beziehung noch etwas deutlicher geworden. Er forderte verstärkten Wohnungsbau und erklärte die Erstellung von jährlich 360.000 Wohnungen im nächsten Jahrfünft für das Minimum. Die vorhandene Mietkraft allein genüge noch nicht, um die notwendigen Kapitalien in den Wohnungsbau zu lenken; die aktive staatliche Bevölkerungspolitik, die ja der Nationalsozialismus proklamiert hat, habe auch die Verpflichtung, für die gesunde Unterbringung der wachsenden Bevölkerung zu sorgen. Man könne den Wohnungsmangel auf die Dauer nicht für behoben halten, wenn allein die mietkräftige Nachfrage gedeckt würde.

Wir wollen die angeführten Zahlen nicht weiter nachprüfen, nur darauf hinweisen, daß es sich bereits bei der Grundlage der Berechnung nur um ein Minimum

handelt. Denn den Ausgangspunkt bilden die bereits fehlenden Wohnungen; für die dringend nötige Verbesserung des Wohnungsstandards der breiten Massen, der gerade in der Republik bedeutende und ununterbrochene Fortschritte aufwies, für die Beseitigung der Slums und der verfallenen Häuser ist dabei noch nicht die geringste Vorsorge getroffen. Aber nehmen wir die Ziffern, wie sie sind, und vergleichen wir mit diesen bescheidensten Ansprüchen gleichgeschalteter Wirtschaftspolitiker die nationalsozialistische Wirklichkeit.

Die Wehrwirtschaft hat von Anfang an in immer steigendem Maße die Tendenz entwickelt, alle verfügbaren Produktivkräfte der Bauindustrie — Menschen und Material — für ihre kriegswirtschaftlichen Zwecke zu beschlagnahmen. Der Wohnungsbau wurde bewußt und mit Absicht zugunsten der Bauten für militärische Zwecke und der Rüstungsindustrie zurückgedrängt. Die Leichtgläubigen erhielten den Trost, der jetzt verschobene Wohnungsbau werde als »Konjunkturreserve« aufs Eis gelegt, bis mal die Aufrüstung verlangsamt werde und die gestiegene Massenkaukraft sich neue Wohnungen leisten können. Waren in der »Systemzeit« alle Anstrengungen darauf gerichtet, jährlich Milliarden Reichsmark aus öffentlichen Mitteln zur Förderung des Wohnungsbaues aufzubringen — wie haben gerade die Reaktionäre damals gegen die Verschwendung des Wohlfahrtsstaates gewütet! — so haben die Nationalsozialisten allen staatlichen Zwang zur Verhinderung des Wohnungsbaues eingesetzt.

Das wirksamste Mittel war die Emissionssperre. Um den Kapitalmarkt ganz für die uferlose Verschuldungswirtschaft des Reichs zu reservieren, wurde den Hypothekenbanken die Emission von Pfandbriefen fast völlig unterbunden und ihnen dadurch die Hergabe von Hypotheken für Neubauten unmöglich gemacht. Indem gleichzeitig die Sparkassen und Versicherungsgesellschaften gezwungen wurden, die ihnen zugehenden Gelder zum großen Teil in Reichsanleihen anzulegen, versiegten auch die wichtigsten Quellen der Wohnungsbaufinanzierung. Vergeblich suchten die Hypothekenbanken, unterstützt von einem Teil der Wirtschaftskreise, eine Lockerung der Emissionssperre zu erreichen. Die Antwort war stets, daß die »Staatsbedürfnisse«, das heißt die Finanzierung der Aufrüstung durch neue Schulden, vorgehen. In der Tat ist jetzt die Pfandbriefausgabe fast ganz zum Stillstand gekommen, im zweiten Vierteljahr 1937 war der Nettozugang im ganzen 18 Millionen RM gegen 60,4 Millionen in der gleichen Vorjahreszeit und den Hunderten von Millionen der Jahre vor Hitler!

In neuerer Zeit hat die Aufrüstung sowohl Materialknappheit als Mangel an Bauarbeitern (trotz Verlängerung der Arbeitszeit auf zehn Stunden und Ausdehnung der Frauenarbeit) erzeugt. Die Bauvorhaben sind jetzt an besondere Genehmigung gebunden, die nur nach Maßgabe der Dringlichkeit und Wichtigkeit erteilt wird. Vom 1. August ab müssen alle Bauvorhaben angemeldet werden, zu deren Ausführung mehr als zwei Tonnen Baueisen verwendet werden. Dabei ist für die Genehmigung ein bestimmter Vorrang festgesetzt. Zuerst kommen alle Bauten für die Wehrmacht, dann die Industriebauten, zur Durchführung des Vierjahresplans, dann die für andere wichtige Industriezwecke, dann die Autostraßen und Parteibauten, die Ausführung der Hitlerpläne für München, Nürnberg und Berlin und — zuletzt die Wohnungsbauten.

Die Folgen sind nicht ausgeblieben. Bis zu Hitlers Machtübernahme betrug der An-

teil des Wohnungsbaues alljährlich zwischen 33 und 36 Prozent der gesamten Bauproduktion, 1936 aber nur mehr 22 Prozent. Jetzt aber ist die Entwicklung geradezu katastrophal. Hatte der öffentliche und gewerbliche Hochbau für Rüstungs- und Antarkiszwecke bereits in den letzten beiden Jahren auf Kosten des Wohnungsbaues sich immer stärker ausgedehnt, so zeigen die amtlichen, in »Wirtschaft und Statistik« für das erste Halbjahr 1937 veröffentlichten Zahlen folgendes Bild: Die Baubeginne im Nicht-Wohnungsbau stiegen — in einem Jahre des Materialmangels! — um 75 Prozent auf 13,21 Millionen cbm umbauten Raumes; in der Vorjahreszeit waren es 7,56 Millionen cbm. Dagegen sind die Baubeginne im Wohnungsbau (für 102 Groß- und Mittelstädte) um etwas mehr als ein Prozent auf 51.984 (am Vorjahre 52.623) Wohnungen zurückgegangen. Hinsichtlich der Bauerlaubnisse zeigt aber der Wohnungsbau mit 57.873 (62.247) Wohnungen sogar eine Verminderung um 7 Prozent, während die Bauerlaubnisse im Nicht-Wohnungsbau sich um 26 Prozent auf 11,60 (9,22) Millionen cbm umbauten Raumes stark vermehrt haben. Dabei muß sich der Druck, der von der Knappheit an Baueisen ausgeht, zunehmend schärfer bemerkbar machen. In dem Rückgang der Bauanträge für Wohnungen (in 95 Groß- und Mittelstädten) um 9 Prozent zeigen sich dafür die ersten Anzeichen. Besonders gelitten hat auch die Kleinsiedlung, deren sich gerade die Nationalsozialisten nicht genug rühmen konnten. Im ersten Halbjahr 1937 ist die geringe Zahl von 2239 Kleinsiedlerwohnungen des Vorjahres sogar noch um mehr als ein Fünftel, um 21 Prozent, unterschritten worden. Der allgemeine Niedergang wird auch durch die Tatsache illustriert, daß die privaten Bauparkassen im ersten Halbjahr 1937 nur 9550 Neuabschlüsse über rund 87 Millionen RM gegen 14.000 Verträge über 120 Millionen RM im Vorjahreshalbjahr abschließen konnten.

Mit der Verringerung des Wohnungsbaues geht eine Verschlechterung der Bauqualität und eine Verteuerung der Baukosten Hand in Hand. Die baupolizeilichen Anforderungen werden sukzessive herabgesetzt, die Vorschriften für die Sicherheit werden gelockert, die Ansprüche an das zu verwendende Material herabgesetzt. Die Baukosten aber sind trotz des fast unveränderten (!) amtlichen Bauindex nach den Untersuchungen des Statistischen Reichsamtes selbst fortwährend gestiegen. Danach haben sich von 1933 bis 1935 die Baukosten für eine Wohnung mit einem Zimmer und einer Küche von 3160 auf 3510 RM; für eine Wohnung mit 2 1/2 Zimmern und Küche von 5180 auf 5950; für eine Kleinsiedlung von 3190 auf 3930 RM erhöht. Seitdem aber dürften sich die Kosten neuerdings um 10 bis 20 Prozent verteuert haben!

Wir haben gesehen, daß der Mindestbedarf der »marktwirksamen« Nachfrage jährlich 360.000 Wohnungen beträgt; 1936 wurden 282.000 Wohnungen fertiggestellt. Davon waren aber nur 44,4 Prozent Kleinsiedlungen bis zu drei Räumen; gerade den dringendsten Massenbedarf haben die Nationalsozialisten am wenigsten befriedigt. 1937 sinkt aber der Wohnungsbau noch weiter in steiler Kurve ab, das Wohnungselend steigt. Nicht mehr 1 1/2, sondern mindestens 2 1/2 Millionen Wohnungen fehlen, nachdem man Hitler »fünf Jahre Zeit« gegeben hat. In dem Bild fortschreitender Verelendung der deutschen Arbeiter dürfte das wachsende Wohnungselend nicht fehlen!

Dr. Richard Kern.

kung des abessinischen Volkes selbst bestimmt. Diese Art von Hafenbauten sollen beschleunigt in Angriff genommen werden. Das wird sogar ganz offen in dem Voranschlag zugegeben; darin wird erwähnt, »die 50 Millionen für die Regulierung der Jubamündung werden schnell verausgabt werden, weil man hier so schnell wie möglich kleineren Kriegsschiffen die Möglichkeit schaffen will, weit ins Innere vorzustoßen«.

An vierter Stelle stehen sanitäre Ausgaben, der Bau von Wasserleitungen, Brunnen und Viehtränkestellen, Kanalisationsanlagen, Entsempfung von Malaria-gebieten usw. Dafür sollen insgesamt 550 Millionen ausge-

geben werden, also noch nicht ein Drittel dessen, was für Amtgebäude und Amtspaläste vergeudet wird. Wobei aber immer daran gedacht werden muß, daß eben diese dringlicher sind als die sanitäre Betreuung der Abessinier, die ja nur dann erfolgt, wenn die diversen Vizes sich mit dem den Verwesern des neuen Reiches gebührenden Luxus eingerichtet haben und dann noch Geld für andere Zwecke übrig bleibt. Und an fünfter und letzter Stelle schließlich steht die eigentliche wirtschaftliche Erschließung des Landes. Für Zwecke der Urbarmachung sind 200 Millionen ausgesetzt; selbst der »Deutsche Volkswirt« meint, daß sei »ein

verhältnismäßig kleiner Aufwand«. Das kann man wohl sagen.

Wurde nicht verkündet, die Eroberung Abessinien sei eine Lebensfrage des italienischen Volkes, das eine Ergänzung fehlender Rohstoffe und einen Abzugskanal für seinen Menschenüberschuß brauche? Um diesen Preis sei die Verwüstung des Landes nicht zu teuer bezahlt? Wie man sieht, steht hier viel weniger das Wohl des italienischen Volkes in Frage als die Versorgung einiger bevorzugter Schwarzgehenden mit geeigneten Pfriinden, die das abessinische Volk mit seinem Blut zu bezahlen haben wird.

Deutschland und Europa

Grundfragen der deutschen Politik — Von Max Klinger

I. Eine tschechoslowakische Staatsschrift

Gegenwärtig gibt es in der Welt nur Krieg, aber keine Politik. Ueber die Richtung der Politik Englands, Frankreichs und Sowjetrußlands läßt sich heute nichts Bestimmtes aussagen. Es herrscht Ungewißheit selbst über die Prinzipien der Politik dieser Länder, und der Verdacht ist nicht unbegründet, daß es solche Prinzipien nicht gibt, sondern daß zum mindestens die Westmächte einem prinzipienlosen und gefährlichen Empirismus huldigen.

Im Gegensatz dazu hat ein europäischer kleiner Staat, die Tschechoslowakische Republik, in diesen Tagen seine Politik wohldefiniert. In einer Reihe von Aufsätzen in der »Prager Presse«, dem Organ der tschechoslowakischen Regierung, sind die Prinzipien der tschechoslowakischen Außenpolitik dargelegt worden. Es gibt bereits ausgezeichnete Darstellungen dieser Politik, so das Buch von Dr. Emil Strauß, dem Redakteur des Prager »Sozialdemokrat«, es gibt eine Reihe von tschechoslowakischen Staatsschriften über die Grundlagen dieser Politik, so vor allem die Memoranden des früheren Außenministers Beneš. Die Darlegungen in der »Prager Presse« gliedern sich in die Reihe der tschechoslowakischen Staatsschriften ein, sie müssen als eine autoritative Darlegung des Regierungskurses gewertet werden.

Man erwartet in demokratischen Ländern zunächst, daß solche Darlegungen in den Parlamenten erfolgen, indessen ist hierin seit einiger Zeit eine bemerkenswerte Wandlung erfolgt. Wenn man auf die letzten Erklärungen der englischen Regierung im Unterhaus über ihre Politik blickt, so erhält man den Eindruck, daß sie nur gegeben worden sind, um den Zustand der prinzipienlosen Ungewißheit aufrechtzuerhalten, in dem der reine Empirismus experimentieren will. In Frankreich hat es seit längerer Zeit ernsthafte Erklärungen über den außenpolitischen Kurs nicht gegeben — was wiederum Schlüsse auf die Politik selbst zuläßt. Demgegenüber ist die in Prag geübte Methode ein unverkennbarer und eindeutiger Fortschritt — so bemerkenswert es an sich ist, daß ein Staat seine gesamte Politik, und mit seiner Politik die Grundlagen seiner Existenz in der Presse verteidigt. Daß es sich um Verteidigung handelt, ist in diesen Aufsätzen offen ausgesprochen. Sie setzen sich mit Vorwürfen auseinander, die gegen die tschechoslowakische Politik erhoben werden. Diese Vorwürfe werden in diesen Aufsätzen im einzelnen dargelegt und geprüft, und die Summe dieser Vorwürfe richtet sich dagegen, daß die Tschechoslowakische Republik an den internationalen Grundsätzen festgehalten hat, die bis vor kurzem den Inhalt des internationalen Rechts und der Friedensorganisation in Europa ausgemacht haben, und die auch die Regierungen der Westmächte heute nicht vor ihren Völkern offen zu verlassen wagen.

Deshalb ist diese Öffentlichkeit durchaus zu begrüßen. Sie ist eine Rückkehr zu gesunden demokratischen Prinzipien. Sie läßt erkennen, wie sehr die Tribüne des Völkerbundes aufgehört hat, die Stätte zu sein, von der aus die Regierungen Europas ihre wahre Politik vor allen Völkern Europas offenlegen. Diese Erkenntnis weist auf den Krebschaden der Kabinettpolitik und der Geheimdiplomatie von heute hin.

II. Das europäische Problem

In der Sache sind diese Aufsätze weit mehr als eine Darlegung der einseitigen Politik der Tschechoslowakischen Republik. Sie zeigen die Stellung der Tschechoslowakei im europäischen Gesamtproblem, sie lassen erkennen, welche prinzipiellen Wandlungen in der europäischen Lage seit 1933 vor sich gegangen sind. Damit werfen sie die entscheidenden grundsätzlichen Fragen auf, vor die Europa heute gestellt ist, und denen der englische Empirismus gefliessen-

lich auszuweichen sucht. Der Ausgangspunkt dieser Darlegungen ist das neue europäische Gleichgewicht, das sich nach den Friedensschlüssen und Verträgen herausgebildet hat, die am Ende des Weltkrieges standen. Dieses europäische Gleichgewicht war etwas ganz anderes als das Gleichgewicht der Vorkriegszeit — denn zu ihm gehört die Existenz einer Reihe von kleineren Staaten, die ihr eigenes Lebens- und Selbstbestimmungsrecht betonen und nicht nur Objekte einer Politik der Großmächte sein wollen. Ganz grundsätzlich heißt es in diesen Aufsätzen über diese Kernfrage:

»Natürlich müssen sich auch die Großmächte bewußt werden, daß sie in Europa und in der Welt nicht allein sind und daß die eine im Hinblick auf die andere dadurch für die Erhaltung des Gleichgewichts der Kräfte sorgt, daß sie die Beherrschung kleinerer Staaten durch eine andere Großmacht nicht erlaubt. Schließlich gibt es auf der Welt keine andere Politik, als ein ständiges und folgerichtiges Erhalten und Ausgleichen des gegenseitigen Verhältnisses der Kräfte der Mächte, d. h. eine Politik des Gleichgewichts der Macht. Vor dem Kriege ist diese Politik mit Hilfe von Blocks der Mächte geführt worden; bei der Konstruktion des Friedens von Versailles etc. hat man zum Völkerbund gegriffen als zu einem schiedlichen und in Zukunft vielleicht dem einzigen Mittel für die Erhaltung des Weltgleichgewichts zwischen den Großmächten und den übrigen Staaten. Wenn es keinen Völkerbund geben wird, so wird es wieder eine Politik der Blocks geben — dieses Dilemma läßt sich in keiner anderen Weise auflösen. Wir sind und waren uns dessen immer bewußt, wir sind und waren daher für den Völkerbund, grundsätzlich und konsequent, als ein System, das moralisch und politisch besser ist als das System der Blockade.«

Und an anderer Stelle, die sich mit den deutschen und russischen Expansionstendenzen der Vorkriegszeit nach Osten und Westen beschäftigt:

»Der Weltkrieg ist in dieser Hinsicht eine ungeheure historische Grenzscheide, eine der größten Begebenheiten der europäischen Geschichte. Er hat vom Norden Europas in südlicher Richtung eine ganze große Zone von neuen selbstständigen Staaten geschaffen und kleinere, schon bestehende Staaten dadurch gestärkt, daß er sie national geeinigt hat. Dadurch bedeutet er eine neue Phase der Entwicklung Zentral- und Südosteuropas. Die baltischen Staaten, Polen, die Tschechoslowakei, Rumänien, Ungarn, Jugoslawien, Bulgarien und Griechenland, aber auch Oesterreich sind heute politische Realitäten, mit denen auch Deutschland, Rußland und Italien rechnen müssen, und mit denen ganz Europa und die ganze Welt rechnet. Redet man also von einem »Damm« gegen den Pangermanismus, oder gegen die Politik des Dranges nach Osten, so gibt man damit einfach den neuen europäischen politischen Realitäten Ausdruck, einer neuen europäischen Politik, die mit der Existenz der selbstständigen Staaten in Zentral- und Südosteuropa rechnen muß, die ihre eigene selbständige Politik machen und alle zum Aufbau des neuen europäischen Gleichgewichtes beitragen wollen. Das betrifft nicht nur Deutschland, sondern vornehmlich Rußland, ebenso natürlich auch Italien. Von einem »Damm« zu reden ist daher nichts Feindliches oder Beleidigendes, weder für Deutschland noch auch für die beiden anderen. Es sei einfach eine politische Tatsache, aus der man keine Feindschaft zwischen uns und den Deutschen abzuleiten braucht, über deren Vorhandensein sich aber kein politischer Realist Illusionen machen darf.«

In diesem Sinne hat man in der Tschechoslowakei die neuen europäischen Verhältnisse als Ende der früheren pangermanistischen Politik oder der Politik des »Dranges nach Osten«, ebenso wie als Ende — wir betonen das sehr entschieden — der früheren panslawistischen Politik des ehemaligen zaristischen Rußlands begriffen. Die offizielle tschechoslowakische Politik hat das ganz loyal — auch öffentlich — sowohl in

ihren früheren als auch in ihrem heutigen Verhältnis zu Sowjetrußland kundgegeben, und dieses hat dies stets zustimmend anerkannt. Das war der Sinn unserer Politik gegenüber West- und Osteuropa, das ist der Sinn unserer Politik während des Krieges und nach dem Kriege, die in gleicher Weise Werkzeug weder Rußlands, noch Deutschlands, noch Westeuropas sein will. Sie will im Rahmen Europas und im Hinblick auf ihre wichtige geographische Lage — wie sich von selbst versteht, nach Maßgabe ihrer Kräfte und Möglichkeiten und gemeinsam mit anderen Staaten, mit Polen, Rumänien, Jugoslawien, Oesterreich, Ungarn usw. — ein mitwirkender Faktor des neuen europäischen Gleichgewichtes sein, in dessen System jeder die Stellung einnehmen sollte, die ihm von Rechts wegen gebührt.«

Damit ist die Position des sogenannten Anti-Revisionismus bezeichnet — zugleich seine ungeheure Bedeutung für die friedliche Weiterentwicklung in Europa. Sie bedeutet nicht Konservatismus um jeden Preis, wohl aber unbeirrtes Festhalten an den im Grunde demokratischen Prinzipien dieser neuen Ordnung des Gleichgewichtes.

Nun ist unverkennbar, daß sich heute immer stärker vor diese fortschrittliche und demokratische Auffassung des europäischen Gleichgewichtes wieder die ältere Auffassung aus der Vorkriegszeit schiebt, für die nur Großmächte Lebensberechtigung hatten.

Die sogenannten revisionistischen oder dynamischen Mächte, Deutschland und Italien, arbeiten systematisch darauf hin, die fortschrittliche Auffassung zu zerstören. Auf der anderen Seite kommt der englische egoistische Empirismus — ein sehr schlecht verstandener Egoismus — dieser Zerstörungsarbeit entgegen. Ein einziger Blick auf die europäische Lage von heute lehrt, wie weit die Zerstörung des Gleichgewichtes bereits gegangen ist — ob man nun nach Spanien blickt oder aufs Mittelmeer, zum Mittelmeer, auf, Mittel-europa oder auf den Balkan. Die ernste Erinnerung dieser tschechoslowakischen Staatsschrift an die Prinzipien des auf die Völkerbundidee gegründeten Gleichgewichtes wirft deshalb das Problem des dynamischen Revisionismus in seiner ganzen Schwere auf. Man erkennt leicht: es geht um den Frieden und die Demokratie in Europa. Dies Zurückgehen auf die Prinzipien gibt dieser Staatsschrift jenen Charakter tiefer innerer Wahrheit und Wahrhaftigkeit, den man den taktisch gemeinten Erklärungen des Empirismus nicht immer nachsagen kann. In Existenzfragen, wo es um Leben und Sterben geht, ist absolute Wahrhaftigkeit immer die beste Taktik, und für die Tschechoslowakei wie für die kleineren Staaten Europas geht es um die Existenz, wenn das Problem des dynamischen Revisionismus praktisch aufgeworfen ist.

In diesem historischen — nicht militärisch-strategischem — Sinne sieht sich die Tschechoslowakei wie die Ordnung Europas überhaupt heute einem Angriff gegenüber, und dieser Angriff geht aus von den »dynamischen« Mächten Deutschland und Italien. »Deutschland als Großmacht« — so heißt es in den Aufsätzen der »Prager Presse« — »treibt seine Großmachtspolitik; es ist stark genug, sich selbst gegen wen immer zu verteidigen; es hat seine expansiven Ziele und Ambitionen als Großmacht, wie solche alle anderen Großmächte auch haben.« Es ist unverkennbar, daß zu diesen expansiven Zielen und Ambitionen der Großmacht »Drittes Reich« wieder der »Drang nach dem Osten«, der Beherrschungswille gegenüber den Völkern des Balkans, das militärisch-strategische Streben nach dem Mittelmeer, der Druck in der Richtung Berlin—Bagdad gehören — kurzum die ganze Machtmetaphysik der alldeutschen Machtpolitik der Vorkriegszeit in ihrer Verbindung mit vermeintlichen unbedingten Interessen der deutschen Volkswirtschaft und ihrer Entwicklung. Es ist heute unnötig zu erörtern, daß die vermeintliche notwendige Verbindung zwischen dieser Machtmetaphysik und objektiven wirtschaftlichen Interessen einer

Prüfung unter dem Gesichtspunkt volkswirtschaftlicher Rationalität nicht Stand hält. Damit aber ist der historische Inhalt der heutigen Situation bestimmt. Es handelt sich um den Zusammenstoß zwischen einer werdenden neuen Ordnung, die immer mehr auf Rationalität gegründet werden soll, und einer metaphysischen Machtpolitik alten Stils, der die expansiven Ziele und Ambitionen der »dynamischen« Großmächte entspringen.

Damit ist zugleich die grundlegende Wandlung gekennzeichnet, die sich in der deutschen Außenpolitik seit 1933 vollzogen hat. Der Verfasser der tschechoslowakischen Staatsschrift entwickelt ausführlich, wie sich das demokratische Deutschland seit 1925 in das neue europäische Gleichgewicht eingliedert und sich auf die Prinzipien dieses Gleichgewichtes gestellt hatte. Der Weg zu einer friedlichen und rationalen Entwicklung war damit geöffnet. Er ist wieder unterbrochen worden durch den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund, durch die Prinzipienklärung der neuen Großmachtpolitik, wie sie Hitlers 13 Punkten vom Mai 1935 zugrundeliegt, durch die Zerreißen des Locarnopaktes, und vor allem durch die Wendung zur nationalistischen Autarkie, die die Rüstung und die damit verbundene Großmächtsambition zum einzigen Lebenszweck des deutschen Volkes macht.

III. Die Alternative der deutschen Politik

Das ist der Punkt, zu dem die tschechoslowakische Staatsschrift mit unwiderstehlicher Logik hinführt. Für uns als deutsche Politiker, als europäisch denkende Demokraten und Sozialisten erhebt sich an diesem Punkte die Frage: muß Deutschland notwendig Großmacht sein in dem Sinne, wie der Verfasser der tschechoslowakischen Staatsschrift ihn auffaßt durchaus im Einklang mit der Lehre von den großen Mächten, die einer Zeit angehört, die schon historisch überholt schien? Für den tschechoslowakischen Politiker ist die Großmacht Deutschlands mit ihren expansiven Zielen und Ambitionen eine gegebene Tatsache, mit der er rechnen muß — für den deutschen Politiker ist es eine Frage des Wollens und Sollens.

Der Zusammenhang zwischen der Rückkehr Deutschlands zur Machtmetaphysik der Großmacht und dem Siege der inneren Reaktion in Deutschland ist unverkennbar. Unverkennbar ist auch der Zusammenhang zwischen der Lockerung der fortschrittlich aufgefaßten Gleichgewichtsordnung in Europa und dem Vordringen der Reaktion in anderen Ländern. Einer unserer Mitarbeiter, der vor kurzem den Südosten Europas bereist hat, hat hier an dieser Stelle eindringlich darauf hingewiesen, daß ein gutes Teil des Erfolges der deutschen Zersetzungsarbeit im Südosten Europas auf das Wirken der eingeborenen Reaktion fällt, deren reaktionäre Interessen sich über die Existenzinteressen ihrer Länder hinwegsetzen, die mit der demokratisch aufgefaßten Gleichgewichtsordnung in Einklang stehen. Denn diese Länder sind schließlich das Ergebnis eines Kampfes des selbständigen Kultur- und Freiheitswillens der Völker des Südostens, die in mehreren historischen Absätzen — zuletzt mit dem Ende des Weltkrieges — sich von Herrschaftsverhältnissen befreit haben, in denen sie ausgebeutet wurden, von der Herrschaft der Türken, der Magyaren und der habsburgischen Monarchie. Diese Staaten sind »konservativ«, das heißt undynamisch, sie müssen in Frieden nebeneinander wohnen, wenn sie nicht untergehen wollen, sie haben keinen Raum für Machtmetaphysik. Ihres Ursprungs und ihres Existenzinteresses wegen sind sie deshalb an die demokratische Gleichgewichtsordnung gebunden. Das bedeutet aber auch, daß ihr inneres System im Einklang mit den Prinzipien dieser Ordnung sein muß. Wenn unter dem Einfluß des deutschen Drucks in diesen Ländern die Kräfte der eingeborenen Reaktion stärker werden, so wird damit die Sprengung dieser Staaten von innen heraus vorbereitet. Stär-

kung der inneren Reaktion bedeutet ausbeutende Herrschaft im Innern. Stärkung des deutschen Großmächteinflusses auf dem Wege über die innere Reaktion aber führt zur Ausbeutung von außen.

Denn die Expansionstendenzen der dynamischen Großmächte zielen auf ausbeutende Herrschaft ab. Gleichgültig, ob diese Expansionstendenzen zu territorialen Veränderungen, zu offenen Annexionen oder staatlichen Neukonstruktionen führen oder nur zu einem Vasallenverhältnis, ist ihr Sinn immer, andere Völker gegenüber dem Herrenvolk in die Rolle von geduldeten Minderheiten zu versetzen, die dem Willen des Herrenvolks aber auch der Ausbeutung unterworfen sind. Der Machtstaat will alle ökonomischen Vorteile dieses Herrschaftsverhältnisses für sich, er will die Bedürfnisse und die Entwicklung der beherrschten Völker den Bedürfnissen des Herrenlandes unterordnen, das heißt den Interessen, die im Herrenland von den herrschenden und die Herrschaft ausbeutenden Kräften als die immanenten Interessen der Herrschaftsnation bezeichnet werden.

Daher der innere Zusammenhang zwischen Reaktion und Expansionspolitik. Ein System wie die Weimarer Republik, das systematisch auf den Abbau von ausbeuterischen Herrschaftsverhältnissen im Innern hinarbeiten wollte, war im Ideellen mit expansiver Großmachtspolitik unvereinbar und solange Deutschland demokratisch war mit sozialer Tendenz, solange konnte und durfte es niemals Großmacht im klassischen Sinne des Wortes sein, solange wurden aber auch die unzweifelhaften Probleme Deutschlands und seiner Wirtschaft sichtbar als das, was sie wirklich sind: als Probleme, die auf dem Wege rationaler Politik und Handelspolitik gelöst werden mußten und gelöst werden konnten — aber niemals mit Hilfe der Machtmetaphysik. Die tschechoslowakische Staatschrift enthält einen sehr nützlichen Hinweis darauf.

Für Deutschland lautet die Frage: sind die expansiven Ziele und die Großmächtsambitionen des Dritten Reiches identisch mit den Interessen des deutschen Volkes? Wer Volk und Staat als Organismen ansieht, wer sie vergottet und das Recht des Einzelnen ihnen gegenüber radikal verleugnet, für den sind Ausdehnung der Herrschaft über weitere Räume und Völker, sind Vormachtstellung und Kolonien nationale Interessen. Für jede Auffassung aber, die die Bestimmung des Staates in seiner auf den Menschen und seine Wohlfahrt gerichteten Politik erblickt, hat diese Machtmetaphysik nichts mit dem wahren Interesse des Volkes, dem wahren nationalen Interesse zu tun. Für eine jede solche Auffassung ist deshalb das Problem Mittel- und Südosteuropa ein technisch-rationales Problem, das von metaphysischen Herrschaftsansprü-

chen entgiftet werden muß. Im Zusammenhang ist ohne weiteres klar, daß Lösungen nicht gefunden werden können zwischen der deutschen Reaktion, die unlösbar mit der Großmachtmetaphysik verbunden ist, und der eingeborenen Reaktion der mittel- und südosteuropäischen Länder, sondern nur durch die Entwicklung und Wiedergewinnung der Demokratie hier wie da.

Nun maskiert das Dritte Reich heute seine Macht- und Gewaltpolitik mit angeblich nationalen wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Unverkennbar hat der heutige Militärstaat Deutschland wirtschaftliche Interessen geschaffen, die für die Aufrechterhaltung seines Wesens unentrinnbare Notwendigkeiten sind. In der Richtung dieser von ihm künstlich geschaffenen Interessen-Erweiterung der Rohstoffbasis, Ausweg aus den immer größer werdenden Verlegenheiten der Versorgung der Bevölkerung — wird er immer weiter vorwärtsgetrieben. Daher der Expansionsdrang, daher die weitpolitischen Ambitionen. Sicherlich sind diese künstlich geschaffenen Interessen heute geschichtliche Wirkfaktoren. Aber ihre Erkenntnis ist nicht gleichbedeutend mit ihrer politischen Anerkennung als nationale Interessen!

Denn diese dem Militärstaat eigentümlichen Interessen sind erst aufgetaucht als Folge einer radikalen Abwendung vom Prinzip des freien Weltverkehrs und des Freihandels. Diese Abkehr war selbstverständlich nicht auf Deutschland beschränkt, und unzweifelhaft liegt hier eine europäische Gesamtschuld vor. Mit dieser Abkehr drangen in das technisch-rationale Problem, wie es in Europa mit der Völkerbundsordnung gestellt war, wieder die vergiftenden nationalistischen Machtendenzen ein, und damit wurde den Völkern wieder das wahre Wesen ihrer außenpolitischen Interessen vernebelt. Damit war wieder die Bahn frei für das Vordringen eines irrationalen Nationalismus, wie er heute wieder das deutsche Volk weitgehend gefangen hält. Der Zustand in Deutschland wird verschlimmert durch das völlige Darniederliegen der ökonomischen Wissenschaft, die fast restlos zur Magd des Militärstaates geworden zu sein scheint. Deshalb ist dem deutschen Volke heute zum großen Teile verborgen, daß seine überwältigende Lebens-, Versorgungs-, Entwicklungs- und Kulturinteressen es vom Militärstaat, von der Machtmetaphysik der Großmacht und ihren Expansionsstendenzen wegführen müßten.

Die demokratische Alternative der deutschen Politik heißt deshalb:

Absage an den Großmachtwahn,

Absage an die damit verbundenen weltpolitischen Ambitionen,

Absage an die auf Herrschaft und Ausbeutung zielenden Expansionsstendenzen.

Auch ein so großes Volk wie das deutsche Volk muß nicht notwendig Weltmacht

sein, um wirtschaftlich und kulturell blühen und gedeihen und sich zu einem hervorragenden Rang unter den Völkern entwickeln zu können. Damit ist die demokratische Alternative der deutschen Außenpolitik im Einklang mit den Ideen, die der Gleichgewichtsordnung Europas auf der Basis des Völkerbundes zugrunde lagen. Es ist selbstverständlich, daß nach so umwälzenden Ereignissen eine deutsche demokratische Außenpolitik der Zukunft sich nicht auf eine einfache Restauration des Zustandes von vor 1933 beschränken könnte, aber ebenso selbstverständlich ist es auch, daß sie von jenen großen Prinzipien ausgehen würde, die in der tschechoslowakischen Staatschrift bezeichnet sind, und daß sie versuchen würde, diese Prinzipien unverfälschter und radikaler zur Geltung zu bringen, als es vor 1933 in Deutschland und in allen europäischen Ländern geschehen ist. In diesem Sinne gibt es keine gegensätzlichen Interessen zwischen einem demokratischen Deutschland und der Tschechoslowakei, wie überhaupt zwischen einem demokratischen Deutschland und allen Staaten, die nicht der Machtmetaphysik huldigen.

IV. Das Zentralproblem

Leider ist die Sachlage heute so, daß die Machtmetaphysik der dynamischen Staaten die verwandten Tendenzen in den nichtdynamischen Staaten stärkt und neu erweckt. Der Empirismus der Westmächte ist nichts anderes als ein ununterbrochenes Ausweichen vor der prinzipiellen Hauptfrage, die in der tschechoslowakischen Staatschrift aufgeworfen worden ist. Dieser Empirismus fällt den großen Westmächten leichter als den kleinen Staaten. Die Kleinen werden immer wieder auf die Prinzipienfrage hingedrängt. Die Großen werden so oder so existieren. Bei den Kleinen geht es um die Existenz. Aber die Gefahr des Empirismus liegt nicht nur darin, daß die Ordnung Europas völlig umgeworfen werden könnte. Sie liegt darin, daß auf diesem Wege Europa wieder völlig in den Bann der Machtmetaphysik von Großmächten geraten könnte, die den Weg zu rationalen Lösungen brennender Probleme verschließt und die sich jedem demokratischen und wahrhaft sozialem Fortschritt in den Weg stellt. Denn so viel ist klar: solange Wirtschaftsprobleme nicht rational erkannt und gelöst werden, sondern unter der Perspektive nationalen Machtwahns, solange wird aus ihnen immer wieder politische Feindschaft erwachsen. Solange der Machtwahn die Wiederherstellung der internationalen Marktwirtschaft verhindert, solange werden die Völker von einer wirtschaftlichen Krise in die anderen fallen, die ihren Ursprung nicht im Wesen des Wirtschaftssystems, sondern in der Politik hat. Solange wird aber auch jeder Versuch, zu einer krisenfreien Wirtschaftsverfassung zu kommen, zum Beispiel durch den Übergang zu national dirigierten Wirt-

schaften, nur wieder zu einer Stärkung der machtpolitischen Tendenzen führen. Für den Sozialisten ist es vollends klar: solange die geschichtliche Entwicklung unter dem beherrschenden Gesetz der Machtmetaphysik steht, solange fehlen die Voraussetzungen für sozialistische Verwirklichungen.

Deshalb ist es eine zentrale Frage für den allgemeinen Fortschritt der Zivilisation in Europa überhaupt, ob im Herzen Europas Deutschland als Machtstaat existiert, oder als Staat, der nach demokratisch-rationalen Prinzipien geführt wird. Die deutsche Demokratie besitzt heute fast keine andere Einwirkungsmöglichkeit als auf dem Wege über die systematische politische Kritik. Sie muß daher jeden Akt begrüßen, der die demokratischen Prinzipien jener geistigen Verwirrung auf dem Gebiete der Außenpolitik entgegenstellt, die in Europa immer weiter um sich greift. Ausprechen, was ist — das ist noch immer das beste Mittel zur Einleitung von Klärung und Gesundung gewesen.

Aus Neros Reich

Der Duce läßt seine Minister apportieren

Aus Rom kommt die Meldung, daß der Duce nach den italienischen Manövern an Siziliens Küste sein versammeltes Kabinett plötzlich zum Wetschwimmen antreten ließ. Die Minister gelangten alle ans Ziel, wenn auch manchem das Schwimmen etwas sauer wurde, vermerkt die Nachrichtenagentur.

In der deutschen Presse wurde diese Siegesnachricht mit anerkennenden Kommentaren versehen, und die Nürnberger Presseküls, die unlängst auf Strelchers Befehl vor geladenem Publikum akrobatische Kunststücke vollführen mußten, fühlten sich in bester Gesellschaft. Der zivilisierte Teil Europas staunte. Es gab und gibt Minister — in Frankreich, in England, in den nordischen Staaten —, die begabteste Schwimmer oder Angler oder Tennis- oder Golfspieler sind. Aber sie pflegen bei solchen sportlichen Gelegenheiten nicht in ihrer Eigenschaft als Minister aufzutreten. Damit würden sie sich lächerlich machen, denn von Ministern erwartet man anderes geartete Leistungen. Von demokratisch gewählten Ministern wenigstens, die totalitären werden ja mehr nach dem Bizopa bemessen, ihnen bekäme eine unerwartete Fachprüfung weit schlechter als ein Wetschwimmen oder Wettboxen oder Preisschießen.

Dennoch — und obgleich die »getreuesten Mannen« der Despoten gelegentlich nicht ohne Genauß untern Tisch kriechen und belien — war die Posse von Mussolini recht ungeschickt inszeniert. Nicht jeder bleibt ein König selbst in Badehosen — und nicht jeder Affe verzeiht seinem Wärter jede Neckerei. Wollte der Duce ausprobieren, ob seine Minister bereit sind, für ihn ins Wasser zu springen? Er sollte die Probe nicht allzu oft machen. Sonst klappt am Ende die Aufführung nicht.

Deutsche Richter

»Noch nie war ein Richter freier und unabhängiger als der Richter im nationalsozialistischen Deutschland.«

Minister Frank auf der Tagung des Reichsrechtsamtes der NSDAP in München.

Die deutschen Richter sind frei. Sind frei. Der Zwang des Gesetzes ist längst überwunden.

Sie richten — kein Rechtsgrundsatz hemmt sie dabei,

sie selbst sind Gesetzbuch und Recht und Partei.

Sie richten — und sind nur an eines gebunden:

ans Hakenkreuz, das sie am Rockaufschlag tragen.

Die nichtsthohe Rotznase müssen sie fragen, ob, was sie gesprochen, auch rechtens sei. Sonst sind sie frei.

Weil der deutsche Richter die Zugluft flieht, wird Recht bei geschlossenen Türen gesprochen.

Und wenn dann der Henker das Urteil vollzieht —

wer wagt noch zu fragen, warum es geschieht?

Wem wird es noch kund, was das Opfer verbrochen?

Im Namen des Volkes — gequält und gerichtet.

Der Richter ist keinem zur Auskunft verpflichtet.

Nur oben — dem Sturmführer — und der Partei.

Sonst ist er frei.

Der deutsche Richter ist frei wie ein Hund, den, wenn er nicht zubeißt, sein Brotherr verprügelt.

Oft liegt ihm der Nachgeschmack bitter im Mund.

Den Schwachen ein Schreck, mit den Starken im Bund —

und selbst von den Starken benützt und gequält.

Beim Volksgerichtshof, zum Beweis seiner Freiheit,

sitzt neben ihm, richtend, die heilige Dreieit: SS — Militär- und Geheimpolizei.

Sonst ist er frei.

Hugin.

Die Rache des Versmähten

Aus München wird uns geschrieben:

Wenn diese Zellen an die Leser kommen, wird die Besucherzahl der Ausstellung »Entartete Kunst« die Million überschritten haben. Die kommandierte Presse sucht diesen Rekordbesuch als Massendemonstration gegen die »Verfallskunst« hinzustellen. Eine Million Menschen sind in die Hofgarten-Arkaden gezogen, um sich zu entrüsten. Es ist ja bekannt, daß die Menschen die weitesten Wege machen und gern Fahrgeld zahlen, um sich zu entrüsten. Wenn sie zu Hunderttausenden in die Natur strömen, wenn sie sich im Hofbräu zusammenballen, wenn sie zum hundertfünfzigsten Male eine Operettenaufführung stürmen, wenn sie die Kinos bevölkern, so immer nur, um sich zu entrüsten.

Jawohl, es gibt Leute, die in dieser Ausstellung ihre Empörung äußern, aber das sind sehr oft Ausländer, die es als Schande

empfinden, Meister Europas derart beschimpft und gekühtet zu sehen, zumal hier auch Ausländer hängen, die wohl aus Dummheit und Vorsehen in diese Galerie gelangt sind, wie Klee, Kokoschka, Marc Chagall. Und es gibt auch Rudel und Gruppen, die ihre Entrüstung äußern. Sie beten ganze Artikel des »Völkischen Beobachters« herunter, und wenn man einige Male in die Ausstellung geht, so sieht man dieselben Gruppen mehrfach: sie sind sozusagen zum Saaldienst abkommandiert. Es soll nicht geleugnet werden, daß bei manchen die Entrüstung echt sein mag, was ja bei der Zurückgebliebenheit dieser SA-Physiognomien und der Pressehetze, die seit Wochen gegen die »Entarteten« losgelassen wird, kein Wunder wäre. Keiner der Angegriffenen darf sich wehren, zumal manche gestorben sind oder im Kriege gefallen, wie Franz Marc. Diese Beschimpfung Wehrloser, das ist das für den Betrachter Schamloseste.

Denn es hängt das beste Deutschland in diesen Sälen. Manche Werke sind hinreißend, und Leute, die hinkamen, um Greuel zu sehen, sind betroffen von der Schönheit der Werke Nolde, Feinigers, Liebermanns, Franz Marcs, Chorphins. Man hat Expressionisten und Impressionisten bunt durcheinandergewirrt, man hat Gruppen mit lächerlichen Texten versehen, um abstoßende Wirkungen zu erzielen. Man spekuliert dabei auf die Dummheit und Zurückgebliebenheit der Nazianhänger, die ja nicht wissen, daß manche ihnen unverständliche expressionistische Bilder die Greuel des Krieges oder die Lebensgier der Inflationszeit, die Hilflosigkeit der Kreatur oder den Irrsinn unserer

Zeit in Visionen wiedergeben. Experimente oder Ueberspannungen, wie sie allen Kunstarten anhängen können, hat man als typische Vertreter »liberalistisch-marxistischer Unkunst« und expressionistischer »Vernarrung« firmiert. Es ist eine schändliche Irreführung zu politischen Zwecken.

In diesen zwei Münchner Ausstellungen hat der schlimmste Dilettantismus gesiegt. Was im »Haus der deutschen Kunst« hängt, bleibt hinter der Malerei von 1900 zurück, bei manchen hat man die Namen gar nicht mit angegeben, so belanglos sind sie. Blätter, wie die »Frankfurter Zeitung«, schreiben: »Es ist im wesentlichen die Art des ausgehenden 19. Jahrhunderts, es ist eine Wiederaufnahme der Malweisen, die in den Tagen unserer Väter als revolutionäre Methoden Aufsehen erregt haben.« — In Deutschland weiß jeder Zeitungsläser, daß dies die Sprache bitterer Ironie ist. In Münchner Künstlerkreisen ist man entsetzt über das Massaker, das mit der Eröffnung der Ausstellung in der deutschen Kunstwelt angerichtet wurde und dessen Folgen noch nicht abzusehen sind. Anlässlich einer Besichtigung neuer Baumodelle in Bayreuth erklärte Hitler kürzlich den versammelten Baumeistern die Forderungen, denen ein Baumeister beim Neubau eines Theaters oder eines Hotels gerecht werden muß, wie es in der Presse hieß. Dabei weiß hier jeder Kundige, daß Hitler von Architektur nicht mehr versteht als ein Maurerpoller. Aber die Rache gehört nun einmal zu den edlen Vorstellungen der Naziwelt. Er rächt sich ja nur.

Früher hat ihn kein Baumeister anerkennen wollen, jetzt rächt er sich, indem er

Orgie der Nullen

Krach um ein wendisches Fischersdorf

Hitlerdeutschland hat es mit den Nullen: Das 1000jährige Reich, 2000 Jahre deutsche Kunst, 700 Jahre Berlin. Eine Null jagt die andere, eine Null lobt die andere, jede braune Null hat Chancen und trägt den Staatsratsstab im Westenfurter, Deutschland erlebt eine Orgie der Nullen.

Wie beim Münchner Rummel so wurde auch beim Berliner ein Festzug von 10 Kilometern geliefert. Die Masse muß es machen, und nichts fehlte im Zuge, als der Reichstagsbrand und der Berliner. Denn der eine hätte zu sehr an Ringelnatzens Weihnachtschlagler erinnert: dann brannte der Christbaum, dann fiel der Christbaum um, dann brannte der Spiegel, dann brannte das Sofa... Ins Neudeutsche übersetzt: erst brannten die Bomben in Norddeutschland ab, dann brannte der Reichstag, dann brannten die Bücher von Goethe bis Marx, dann brannte Europa...

Und den anderen, den Berliner, den gibts vorläufig nicht mehr. Den hat das Dritte Reich teils tot, teils mundtot gemacht. Lange Eiertänze haben die Blätter in ihren Feiernummern zur Würdigung des Berliner produziert, es war schwierig, um das eine herumzutanzten: jene respektlose Berliner Schnauze, der nichts heilig war und die mindestens den einen Vorzug besaß, mit Witz grad, ehrlich und knapp heraus zu sagen, was man auf dem Herzen hatte. Das muß der Berliner jetzt krumm sagen. Der Berliner Witz, vom Hakenkreuz überfahren — das hätte einen Wagen gegeben, über den ein Wort Glasbrenners gehört hätte; er legte es einst einem Schergen des Absolutismus in den Mund: »Frei herum jelscht wird nich, wenn et wat zu lachen giebt, denn lach ick.«

Da man an diesem satirischen Urberliner Glasbrenner nicht vorbei kommt und da man ihn nicht töten kann, so wird er in der Nazi-pressen verstümmelt, wurden anlässlich der

Jubiläumfeier einige seiner unpolitischen Szenen wieder gegeben. Die neu-deutsche Jugend darf den wirklichen Glasbrenner nicht kennen lernen, Denn wie schön hätte sein Spruch gepaßt, wenn eine Sammelbüchse mit im Zuge gefahren wäre:

Hier in die Büchse von Blech steckt Eure Ersparnisse, Kinder;
Scheint es dem Vater genug, kauft er Soldaten dafür.

Oder sein Spruch für Gestapo, Denunziantenarmee und Werkschar-Spitzel:

Der politische Himmel ist nicht ganz rein:
Es droht uns manch schwarze Wolke,
Drum üben wir uns, um stark zu sein,
Im Krieg mit dem eigenen Volke.

Oder seine Spruchbänder für militaristischen Rummel mit SS und SA: »So viel Stern am Himmel stehen, so viel Truppen unten gehen...« Und darunter:

Bei diesem ew'gen Rülsten
Wird's so mit uns bald steh'n:
Ein Teil des Volkes wird fechten,
Der andre fechten geh'n.

Wer einen Glasbrennerwagen mit den heute wieder aktuell gewordenen Satiren, Symbolen und Sprüchen dieses Urberliners in den Zug geschmuggelt hätte, wäre wegen Landesverrats und Führerbeleidigung für die Dauer des Dritten Reiches hinter Gittern verschwunden.

Und da wir bei diesem Stück Geschichtsfälschung sind, wollen wir an dem kleinen Krawall nicht vorbeigehen, den drüben ein Teil der Presse liefern muß, weil der polnische »Ilustrowany Kurjer Codzienny« in diesen Tagen den slawischen Charakter Brandenburgs und Berlins betont hat. Die DAZ führt schweres Geschütz auf und verweist auf deutsch-polnische Abmachungen, die das Einverständnis beider Nachbarn fördern sollen:

Weiter hieß es, daß die Vertreter beider Teile ihren übereinstimmenden Willen dahin festgestellt hätten, daß das gegenseitige Verständnis immer mehr geweckt

und dadurch eine freundschaftliche Atmosphäre gewährleistet werde. Abschließend war gesagt, daß über die auf den einzelnen Gebieten der Presse, des Schrifttums und des Radio-, Kino- und Theaterwesens einzuleitenden Schritte volles Einverständnis erzielt worden sei.

Dem genannten polnischen Blatt scheinen diese Abmachungen nicht mehr gegenwärtig zu sein. Wir wollen sie ihm daher recht eindringlich in das Gedächtnis zurückrufen, und wir möchten wünschen, daß gewisse andere Organe der polnischen Presse sich ebenfalls dieser Abmachungen erinnern.

Mit Oesterreich wird alle Vierteljahre ein neues »Einvernehmen« abgeschlossen, bald wird es mit den Polen wieder soweit sein. Die Aufregung dreht sich in diesem Falle auch nicht nur um das wendische Fischersdorf, aus dem Berlin nach polnischer Auffassung entstanden sein soll, sondern der IKC hatte außerdem geschrieben (zitiert nach der DAZ vom 21. August):

»Man wolle in Deutschland die Vergangenheit fälschen. Man müsse bei jeder Gelegenheit der Behauptung der deutschen Propaganda die wissenschaftliche Wahrheit gegenüberstellen. Die historische Fälschung als politische Waffe sei seit jeher eine deutsche Waffe.«

Das dürfte nicht ganz richtig sein. Geschichtsfälschungen haben sich seit je die Nationalisten verschiedener Länder geleistet. Aber die offenkundige Geschichtsfälschung und Tatsachenverdrehung auf Befehl von oben, die engstirnigste Geschichtsverman-schung zu politischen Zwecken, zur Verdummung des Volkes und zur Vernebelung der Welt, zur Steigerung des Rassenblödsinns und des knalldeutschen Nationalwahns, die Zerstörung aller Wissenschaftlichkeit und aller Wahrheit — das gibts allerdings nur in Hitlerdeutschland, das ist das braune Made in Germany. B. Br.

Wochenschrift«. Freilich möchten wir unsere so wohl dressierten, wenn auch unglücklichen, Herrn Kollegen in Göbbels' großer Kinderbewahranstalt ein bißchen in Schutz nehmen: Wie sollte es bei Journalisten, die es mit nichts als Vorgesetzten von jedweder Sorte und Uniform zu tun haben, ganz ohne »Mißverständnisse« abgehen können?! Hohe Vöcher sind noch immer in der Weltgeschichte »mißverstanden« worden, wenn sie Bockmist fabriziert haben!

Zivilecourage — weit vom Schuß

Wir lesen:

»Nirgendwo rumort es so viel wie dort, wo alte Kämpfer der Bewegung Erinnerungen, Erfahrungen und Meinungen austauschen.

Manch einen überkommt mitunter der Drang, seine fordernde »Unzufriedenheit« hinauszuschreiben, dorthin, wo sie seiner Meinung nach gehört werden müßte. Er überrennt in kühnem Anlauf die Schranken der »Dienstweges«, er reißt wohlbehütete Türen auf und brüllt, der Folgen, die ihm daraus erwachsen können, nicht eingedenk: »Ja, seht ihr denn nicht, daß ihr schon viel, viel weiter seid, daß wir alle schon viel, viel zufriedener sein könnten, wenn — wenn« (wenn ihr haargenau das tun wolltet, was ich euch jetzt sagen werde)!

Dann hat der Mann zweifellos seine Haltung verloren und die Gebote der Disziplin verletzt, daran ist nicht zu rütteln. Aber man wird in seinen Augen ein heiliges Feuer bemerken, und man wird sehen, daß er nicht um des eigenen persönlichen Vorteils willen den Porzellanladen stürmt, daß nur die Sorge um das Gesamtwohl mit ihm durchgegangen ist. Und man wird ihn danach beurteilen müssen. Man wird seinen Mut anerkennen, sein Einstehen für seine Überzeugung.

Man wird garnicht daran denken, »seinen Mut anzuerkennen«, man wird ihm ein paar Rippen zerschlagen. Aber wir haben noch nicht gesagt, wo der mutige Satz zu lesen war. Im »Deutschen Morgen«, einer Nazi-zeitung, die — in Sao Paulo erscheint. Und von Sao Paulo aus kann man gut »wohlbehütete Türen aufreißen«.

Fortschritt

Zum ersten Male ist im Dritten Reich eine Erhebung über die Volksschulen im Reich durchgeführt worden. Stichtag war der 15. Mai 1936. Verglichen mit dem Jahre 1931 ergab sich folgendes Bild:

	Zahl der öffentl. Volksschulen	Schülerzahl
1931	53.417	7.700.000
1936	52.370	7.900.000

Also 200.000 Schüler mehr — 1047 Schulen weniger. Seit dem 15. Mai 1936 ist die Zahl der Schulen — durch Schließung vieler konfessioneller Anstalten — noch erheblich zurückgegangen. Dafür sind die Kasernen und die Gefängnisse wie Pilze aus dem Boden geschossen.

Die vorbestrafte Fahne

»Jeder hat den Schnabel zu halten«

Das Königsberger Sondergericht verhandelte gegen einen Rekruten, der auf dem Heimweg von der Musterung recht laut gesagt hatte: »Auf die vorbestrafte Fahne schwöre ich nicht!« Der Sonderrichter kam mit dem festen Entschluß in die Sitzung, den Angeklagten schonungslos zu einer sehr hohen Strafe zu verdonnern. Während der Verhandlung wurde der Rache-gott unsicher. Der Rekrut versicherte ihm nämlich in aller Unschuld, der Ausspruch sei gar nicht böse gemeint gewesen. Aber in der Parteiliederung, an die er gar nicht gedacht habe, trage ein vorbestrafter, zweifelhafter Kerl die Hakenkreuzfahne. Fahnen-träger sei er. Wirklich! Der Herr Vorsitzende möge sich überzeugen. — Der Herr Vorsitzende

ging wütend zur Beweisaufnahme über und überzeugte sich. Es stimmte. Daraufhin brach der bedrängte Rechtshüter (laut Bericht der »Preussischen Zeitung« Nr. 227) in die denkwürdigen Worte aus:

»Jeder hat den Schnabel zu halten, wenn dieser Volksgenosse gewürdigt wurde, die Fahne einer Gliederung zu tragen, denn dann ist er auch auf seine Ehrenhaftigkeit und Eignung hin geprüft, erprobt und für gut befunden worden.«

...und vorbestraft sind ja Tausende, die unsere Fahne hochhalten, hätte er hinzufügen können. Inzwischen dürfte die Stimmung im Zuhörerraum merklich gestiegen sein. Denn der Richter schlug plötzlich einen Haken und lenkte ein:

»Andererseits zeigt die Äußerung des Angeklagten, daß er von der deutschen Fahne sehr hoch denkt. Er hat also nicht aus staatsfeindlicher Gesin-

nung so geredet, sondern aus einer gewissen Dummheit heraus.«

Zwei Monate Gefängnis seien in Anbetracht der Umstände für ausreichend zu erachten. Und diese Vorstrafe wird dem Angeklagten wirklich zur Ehre gereichen.

Die untalentierten Hausknechte

Vom Elend des Schulterrücken-Journalismus Berlin: Reichsärzterführer Dr. Wagner hat folgendes bekannt gegeben:

»Meine Rede in Düsseldorf ist in der Presse teilweise so ungenau wiedergegeben worden, daß sie, anstatt zu einer endgültigen Klärung zu führen, zu neuerlichen Mißverständnissen Anlaß gegeben hat. Die Rede wird deshalb im Wortlaut in der nächsten Nummer des Deutschen Aerzteblattes veröffentlicht werden.«

Das finden wir in den wöchentlichen Mitteilungen der letzten »Deutschen Medizinischen

ihnen befiehlt, wie sie zu bauen haben. Früher hat er Ansichtspostkarten nachgezeichnet. Kein Künstler hat das Zeug je anerkannt. Jetzt befiehlt er den Malern, wie sie zu malen haben. Die Ausstellung der Entarteten ist nach Auffassung der hiesigen Kunstkreise nichts anderes als die Rache, die ein Dilettant an der Kunst nimmt.

Die entartete Welt

Das Schauspiel wird zur kosmischen Satire.

Die braunen Bilderstürmer haben sich entschieden, aus der entarteten Kunst möglichst viel Kapital zu schlagen. Als der fünfhunderttausendste Besucher gemeldet wurde, konnte man in deutschen Blättern lesen: wenn das Ausland die Greuel-sammlung haben wolle, so möge es ein Angebot machen. Seit dieser Zeit wird in Berlin mit ausländischen Kunstkennern verhandelt. Ein Konsortium möchte die ganze entartete Ausstellung kaufen, um sie auf der Pariser Weltausstellung zu zeigen. Englische Kreise beabsichtigen den Ankauf des ganzen Folkwang-Museums in Essen, das wegen seinem Reichtum an »entarteter Kunst« gesperrt wurde.

Was aus alledem werden mag — die Blamage wächst immer mehr ins Riesenhafte. Der Führer legt die große Kunst in Acht und Bann — das Ausland reißt sich um sie. Der Führer verflucht die schwefelgelbe Wolke — das Ausland zahlt dafür die höchsten Preise. Der Führer will die große Kunst nicht mehr in deutschen Galerien dulden — das Ausland reserviert den Geächtesten eine Weltausstellung. Der Bannfluch

eines Dilettanten wird zum Genieausweis für die Verfluchten. Der Führer wirft der Demokratie die Summe vor, die sie für diese Kunst gezahlt hat — das Ausland ist bereit das Mehrfache zu zahlen. Der Führer wollte ein Exempel statuieren, und es wird ein großes Geschäft daraus. Die entartete Kunst rettet den entarteten, leeren deutschen Devisensäckel.

In München strömte eine Million Besucher in die Ausstellung, in Paris werden es zehn Millionen sein. Ein homerisches Gelächter geht durch die Welt. Hier hört die Politik auf, hier entwickelt sich, was als demagogisches Schauspiel inszeniert ward, zu einer weltgeschichtlichen Satire, die in der Geschichte der börsartigen Narrenstücke ohne Beispiel dasteht.

Eine schöne und lebendige Verhöhnung

Der »Völkische Beobachter« begeistert sich (in Nr. 229) für ein altes Soldatenlied, das zuerst am Anfang des 19. Jahrhunderts in Ostpreußen gesungen wurde und dann unter mannigfachen Wandlungen gen Westen wanderte:

»Das Lied, welches den Tod auf dem Schlachtfelde in einer für den Norddeutschen besonders charakteristischen Weise ohne jedes Pathos besingt, ist wohl jedem Deutschen bekannt, denn es gehört ja zu unseren schönsten lebendigen Soldatenliedern. Aus äußerlichen Merkmalen mag für den oberflächlichen Betrachter der Eindruck entstanden sein, daß man es hier mit einem Spottlied zu tun habe. Wie ernst aber im Volke selbst, in dem unser Lied noch lebendig ist, sein Inhalt empfunden wird, geht aus einer Fas-

sung hervor, die uns der Münchner Gelehrte Prof. Dr. Artur Kutscher nach dem Gesang seiner Kompagnie im Res.-Inf.-Regt. Nr. 92 während des Weltkrieges aufgezeichnet hat...«

Hier folgt eine Inhaltsangabe, mit vielen bewundernden Anmerkungen versehen. ... und als er diese Worte ausgesprochen hatte, da fiel der zweite Schuß, bumm bumm!« Ja, wohl das Soldatenlied, »eines der schönsten und lebendigsten«, heißt: »Lippe Detmold, eine wunderschöne Stadt.«

Der Leser des »Völkischen Beobachters« kratzt sich am Kopf. Seit fast einem Jahre hütet er sich, hütet sich jeder in Deutschland, das Lied allzu laut zu singen. Denn als es damals auf der Hochzeit der holländischen Juliane mit dem Lippe-Biesterfeld an Stelle des Horst-Wessel-Liedes gespielt wurde, quietschte die deutsche Presse auf wie ein getretener Foxterrier. »Verhöhnung des Deutschtums« — Unbändige Frechheit — Spottlied statt Nationalhymne! usw. An der Spitze Görings »Essener Nationalzeitung«, die nach »diplomatischen Schritten« lechzte,

Der Leser des »Völkischen Beobachters« stiert stumpf vor sich hin. Was denn nun? Spottlied oder urdeutsches, uraltes Soldatenlied? Schön und lebendig oder eine Affenschande? Will Rosenbergs Blatt dem Göringblatt eins auswischen? Darf man das Lied wieder singen oder nicht? Wenn ja, wo? Nur in München oder auch in der Schorfheide? — »Es kommt schon gar nicht mehr darauf an«, sagt sich der Grübler am Ende, »falsch ist's eh.« Und denkt an den Münchner Komiker Weißferdl,

der erst von oben her zur leichten, bekömmlichen Satire ermuntert — und dann von einem anderen »Oben« seines Gehorsams wegen eingesperrt wurde. Genau weiß man nie, was gespielt wird und was nicht gespielt werden darf.

In Berlin gedruckter Flüsterwitz

»Der Sturm- und Drang-Maler Johann Heinrich FÜßli war von den Behörden der Schweiz nach England geflohen und gewann in London Ruhm und Ehren. Der Präsident der Royal Academy, Sir Joshua Reynolds, fragte ihn eines Tages, ob er denn gar nicht an der Schweizer Krankheit, dem Heimweh litte. FÜßli in diesem Punkt offenbar empfindlich, antwortete drastisch: »Genau so könnte ich Sie fragen, ob Sie es bedauern, als Baby den Schoß ihrer Mutter verlassen zu haben. Die Mutter lieben wir alle, aber ein Baby möchte trotzdem niemand wieder sein!«

— Und das stand wirklich, wenn auch sehr kleingedruckt, nicht etwa in der Basler »Nationalzeitung«, sondern in der DAZ.

Gemecker im Feuilleton

»Die Ansätze einer Weiblichkeit, die auf der Basis persönlicher Gleichstellung und Ebenbürtigkeit die männliche Seinsart zu ergänzen und in furchtbare Wechselwirkung zu ihr zu treten bestimmt ist, können sich nicht entfalten, wenn ein militanter Männertyp wieder die Herrschaft gewinnen sollte, der aus der Flucht vor den zivilen Aufgaben des Zeitalters bewußt die Vergewaltigungskräfte in sich aktiviert.« (Ernst Michel in der »Frankfurter Zeitung«.)

Arbeitszeit-Chaos

Arbeitsfront jammert über Unternehmerwillkür

»Es geht um die Gesundheit«, unter diesem Schlagwort wird in diesen Wochen wieder einmal eine große Aktion der Deutschen Arbeitsfront zur Hebung der Volksgesundheit durchgeführt. Tausende von Betriebsuntersuchungen werden vorgenommen. Dienststellen und Organisationen des Staates, der Partei, der Wehrmacht und der Deutschen Arbeitsfront sind zu Tagungen zusammengetreten und machen in »Gesundheitsführung«. Die amtliche Korrespondenz der Arbeitsfront meint bombastisch:

»Die jetzt vom Hauptamt für Volksgesundheit begonnenen Maßnahmen haben Aussicht, Deutschland auf gesundheitlichem Gebiet bald an die Spitze aller Nationen zu stellen.«

Mit dieser letzten Lügenpropaganda soll die Weltöffentlichkeit von der maßlosen und bis zur Grenze des Unerträglichen gesteigerten Ausbeutung der deutschen Arbeitskräfte abgelenkt werden. Die derzeitige Kriegsproduktion hat jeden Rest von Menschenökonomie zertreten und die Dauer der täglichen Arbeitszeit ins Ungemessene gesteigert. Die braunen Gesundheitsapostel haben nicht nur den Achtstundentag aus der »Systemzeit« beseitigt, sondern darüber hinaus mit zahllosen Verordnungen und Körperschaften bewußt geradezu chaotische Zustände hinsichtlich der Arbeitszeit geschaffen. Der Wirrwarr faschistischer »Arbeitspolitik« und die Willkür der Unternehmer sind soweit gediehen, daß der deutsche Arbeiter, wenn er zur täglichen Arbeit geht, nicht mehr weiß, wie lange er arbeiten wird.

Die früheren Arbeitszeitverordnungen von 1927 sind im § 68 des Arbeitsordnungsgesetzes völlig ausgehöhlt. Es ist für den Arbeiter unmöglich geworden, all die Ausnahmen zu kennen, die nach diesen Verordnungen heute von der regelmäßigen Arbeitszeit zulässig sind. Sie betreffen bestimmte Berufsgruppen, Betriebsabteilungen und Einzelpersonen. Da sind Reichsarbeitsminister, Reichswirtschaftsminister und alle möglichen Behörden bevollmächtigt, Ausnahmen anzuordnen. Dann wird die neue Arbeitszeitverordnung außer Kraft gesetzt durch den Inhalt der Tarif- und Betriebsordnungen. Für die BO und TO werden wiederum Richtlinien erlassen, die jedoch keine rechtsverbindliche Kraft besitzen. Ferner finden sich unter der »Sozialen Ehrengerechtigkeit« (§ 36 AOG) Bemerkungen über »Ausnutzung der Arbeitskraft«. Noch toller ist die Zuständigkeitsverwirrung der Entscheidungsstellen und ihrer Beratungskörperschaften. Beratungen im Vertrauensrat, Beratungen im Beirat, Beratungen im Sachverständigenbeirat beim Treuhänder, Beratungen im Sachverständigenausschuß (Einzelfall), »in dem die Stimme der im Arbeitsleben beteiligten Kreise erklingt« (AOG § 18) und schließlich der »Treuhänder der Arbeit«. Dazu gesellen sich in den verschiedenen Stadien die Organe der DAF, die Betriebsverwalter usw. Was praktisch bleibt, ist die Eigenmächtigkeit des Unternehmers bei der willkürlichen Festsetzung der Arbeitszeit. Man kann nicht bestreiten: es liegt System in diesem Irrgarten von Bonzenstellen. Die gewollte Vernebelung hat aber ihren Zweck verfehlt, die Widerstandregungen der Betriebsarbeiter sind bereits so stark geworden, daß die sonst so zahme Deutsche Arbeits-Korrespondenz nun schon in mehreren Ausgaben »Blütenlese« aus den Zuständen der Betriebe zu veröffentlichen gezwungen ist. Sie fiengt bei den Unternehmern um die Erhaltung des »Wirtschaftsfriedens«, muß aber ihren Mitteilungen die mahnende Überschrift geben:

»Keine willkürliche Festsetzung der Arbeitszeit«.

Die DAK berichtet von »unliebsamen Auseinandersetzungen« in Fällen, in denen von der 48-Stundenwoche die Rede ist, während die Zusammenrechnung der einzelnen Wochentage ein Mehr ergibt. Solche Widersprüche zwischen Betriebsordnung und Gesetz könnten »Mißtrauen wecken«.

Was in Betriebsordnungen möglich ist, erzählt die DAK hinsichtlich der Festsetzung der Halbtagsarbeit:

»Die Gemeinschaftssetzung eines Handelsbetriebes sagt z. B.: Als ganzer Tag gilt die Zeit von 7 Uhr früh bis 5 Uhr 30 nachmittags, mit einer Pause von 12 bis 2 Uhr. Als halber Tag gilt die Zeit von 7 Uhr bis 12 Uhr oder 2 Uhr bis 5 Uhr 30 nachmittags.«

Der Unternehmer läßt also seine im Tagelohn stehenden Arbeiter »halbtagig« vormittag fünf Stunden arbeiten und braucht sie nur für vier Stunden zu entlohnen, eine Stunde wird umsonst gearbeitet — für die Volksgemeinschaft. —

Ein Bauunternehmer bestimmt in der Betriebsordnung:

»Alle Arbeiten, die zur In- und Außerbetriebsetzung der Bauarbeiten notwendig sind, gelten sofern sie 1½ Stunden nicht überschreiten, nicht als Ueberstunden.«

Hier wird die Tarifordnung durch die Betriebsordnung außer Kraft gesetzt und täglich 1½ Stunden unbezahlte Mehrarbeit bestimmt.

Ein Unternehmer der Bekleidungsbranche verfügt in der Betriebsordnung:

»Kurzarbeit und Längerarbeit kann der Betriebsführer im Einvernehmen mit dem Vertrauensrat anordnen.«

Die gesetzlich zulässige Höchstdauer der Ueberstunden wird einfach »im Einvernehmen« mit seinem Vertrauensrat (dessen Zustimmung nicht einmal vorgesehen ist) vom Unternehmer verfügt.

Das Mittelungsblatt »Stein und Erde« ergänzt die Fälle von »Eigenmächtigkeiten« u. a. durch folgende Beispiele:

»In mehr als einer Betriebsordnung ist folgender Satz zu finden: »An Stelle der Vergütung der Ueberstunden kann auch Freizeit gewährt werden.«

Auch hier wird ohne jede Begrenzung eine Abgeltung der Mehrarbeit durch Freizeit angeordnet. Gesetz und Tarifordnung sind für die Katz.

In ihrer Ausgabe vom 13. August muß sich die DAK in einem Spezialartikel gegen die immer mehr um sich greifende Einstellung der Unternehmer wenden, daß mit der übertariflichen Entlohnung auch schon sämtliche Ueberstunden als abgegolten gelten. Sie führt aus einer Betriebsordnung an:

»Die tägliche Arbeitszeit ist auf acht Stunden bemessen, indessen muß bei vereinzelt vorkommenden dringlichen Arbeiten auch Ueberarbeit, die durch die Höhe des Gehalts als abgegolten gilt, geleistet werden.«

In anderen Betrieben wird ohne besondere Klausel die unbezahlte Mehrarbeit aus dem übertariflichen Lohn hergeleitet. Damit ist der Schwindel vom »Leistungslohn« des Ley besonders klar bewiesen. Die Tariflöhne werden als »Mindestlöhne« auf dem tiefsten Niveau gehalten. Die »übertarifliche« Bezahlung aber soll angeblich die Leistungsfähigkeit des Arbeiters individuell regeln. Die Leistungszulage sollte ausschließlich der qualitativ besseren Arbeit gelten, so wurde es den Arbeitern vorgelegen. Heute müssen die Blätter der Arbeitsfront an praktischen Beispielen zugeben, daß die Arbeiter mit dem »Leistungslohn« um den zusätzlichen Lohn der sauer verdienten Mehrarbeit gebracht werden sollen.

Diese wenigen Beispiele sind dem amt-

Den Leibriemen noch enger!

Die Entbehrungs- und Durchhalteparole der Leyschen Arbeitsfront

Für den Mißerfolg der sogenannten »Ernährungsschlacht« muß nun auch die deutsche Arbeiterschaft, und gerade sie besonders oder sogar ziemlich ausschließlich, herhalten. Wie die Aufrechterhaltung des heutigen Lohnstandards der Arbeiterschaft, der tief unter den aller demokratischen Länder herabgedrückt ist, eine Lebensfrage für die deutsche Diktatur darstellt, da nur so die offene Inflation vertagt werden kann, wird nunmehr auch versucht, den deutschen Arbeiter direkt auf geringere Ernährungsrationen zu setzen. Infolge des Versagens der den Deutschen augenblicklichen Agrarautarkie soll die breite werktätige Masse auch dann weniger hochwertige Nahrungsmittel konsumieren, um das System zu retten, selbst wenn die Löhne und Einkommen genügt, um solche schönen Dinge wie Weizensemmeln und gute Wurst, Sonntags einen Schweinebraten und Wochentags ein richtig belegtes Brot bezahlen zu können. Auch die Kategorie von relativ noch gut bezahlten Rüstungsarbeitern darf sich eigentlich nicht mehr richtig satt essen; die dafür notwendigen Produktionsmengen aus der blauerlichen »Ernährungsschlacht«-Versorgung fehlen ganz einfach im großen nationalen Verteilungsrahmen!

Das ist der Sinn des Manövers, das nunmehr seit einiger Zeit der »Führer« der Deutschen Arbeitsfront, Herr Ley, im Rahmen seiner Zwangs-Mammutorganisation angesetzt hat und mit der Parole: »Durchhalten durch mehr Kartoffel essen!« sich selbst auf die denkbar kürzeste faßlichste Formel bringt. So häufen sich denn seit den diesjährigen Sommertagen, da der untermittelmäßige Ausfall der heurigen Ernte nicht mehr irgendwelchen optimistischen Zweckschätzungen unterliegen kann, die Propagandastöße der Führung der »Arbeitsfront« in ihren eigenen Reihen für eine »ganz neue«, will sagen: ebenfalls sehr untermittelmäßige Volksernährung und Volkslebensweise. Ein klassisches Dokument dieses so eigentlich erst jetzt recht eröffneten neuen Durchhalte-Feldzuges ist ein leitender Artikel in der »Deutschen Arbeits-Korrespondenz« (Leys offizielles Hausorgan vom 17. August), der von jenen Nöten des Regimes in geradezu bewegten Untertönen zwischen den Zeilen spricht und aus dem man den Aerger und den Verdruß der Verfasser herauslesen kann, die »Ernährungsweise der deutschen Arbeiter nicht gleich bis auf das Jahr — 1816 (so in der Tat!) herabschrauben zu können. Da heißt es:

»Gerade im Hinblick auf die gesundheitlichen Rückwirkungen der Ernährung unterlag in den verflochtenen Jahrzehnten die Ernährungsweise unseres Volkes Einflüssen, die alles andere als zum Wohle des Volkes beitrugen. Brauchte zunächst die fortschreitende Verstädterung und Industrialisierung eine grundlegende Verschiebung unserer Ernährungsweise, insbesondere zum Fleischverbrauch, hier mit sich, die den gesunden natürlichen Ernährungsgesetzen in keiner Weise entsprach, so trug eine lange Zeit auch die wissenschaftlich unterstützte Auffassung vom einseitigen »Kalorienwert« der Nahrung dazu bei, diese Entwicklung zu fördern.«

Eingehend wird nachgewiesen, wie wenig Feinmehl- ebenso wie Fleischverbrauch der Deutsche vor — hundertzwanzig Jahren, im Jahre 1816 nämlich, vorzuziehen hatte. Damals waren es 14 Kilogramm Fleisch pro Kopf und Jahr; heute seien es 56 kg. Dagegen habe der Deutsche von 1816 noch 250 kg Brot (grob ausgemahltes Roggenbrot!) jährlich verzehrt, während der von heute das auf 86 kg herabgeschraubt habe. Die Forderung also, die Ley an jeden deutschen Arbeitsmann nunmehr zu stellen hat?

»Eine Zurückdrängung des überhöhten Fleischverbrauches auf etwa 30 bis 35 kg (das wäre also gemäß den Zahlen des obigen »historischen« Vergleiches weitaus weniger als die Hälfte des heutigen Fleischverbrauches! D. R.), das heißt den ungefähren Durchschnittsverbrauch der Vorkriegszeit würde die Möglichkeit geben, die landwirtschaftliche Erzeugung in ganz beträchtlichen Umfange auf vermehrten Getreide-, Obst-, und Gemüseanbau umzustellen und damit die vernünftige Ernährungsgrundlage unseres Volkes erheblich verstärken.«

Genau die gleiche Rechnung mit anschließender Regime-Parole wird bezüglich des Feinbrotverbrauches (dafür minder ausgemahltes Brotmehl!) gemacht. Leys Kantinebefehl schließt damit, daß es nicht nur um ein »gesünderes Leben« des einzelnen, sondern auch — und wohl ausschließlich — um die »Sicherung der deutschen Nahrungsfreiheit« gehe.

Es fehlt freilich gerade noch der Hinweis darauf, daß es eigentlich die »marxistischen Unternehmense« gewesen sind, die dem Arbeiter mit teuflisch-terroristischem Druck in der »liberalistischen Epoche« aufgegeben haben, so viel weiße Semmel und so viel guten Schwartemagen oder solide Kotelette zu essen. Daß jedoch der Arbeiter, der durch alle Unnatur der heutigen Rationalisierung gehetzt wird, andere Ernährungsbedürfnisse haben muß, als der arbeitende Deutsche von 1816, den noch kein Hitlerscher »Bank- und Börsenfürst« oder »Gefolgschaftsführer« zu den Ueberstrapazen moderner Akkordarbeit anhielt, wäre an sich wohl eine selbst dem Dümmeften einleuchtende Tatsache. Aber Herr Ley hat es ja nicht mit der Vernunft, sondern eben allein mit den Erfordernissen der nationalsozialistischen Staatsführung zu tun. Allein in ihrem Interesse sollen die deutschen Arbeiter jetzt noch einige weitere Schnallenlöcher im Schmachtriemen zurückstecken... So der wahre Befund, der um so aufreizender wirkt, als die braunen Bonzen selbst auf ihren Landgütern und in ihren Tiergartenvillen alle miteinander hocken und an der »ungesunden« Kalorien-Theorie für sich persönlich sehr intensiv festhalten, daß Pellkartoffeln und Beefsteak eben doch zweierlei Dinge in Magen sind!

Die bedingte Ehre

Ein deutsches Schwurgericht hat einen des Meineids schuldigen Angeklagten zur gesetzlichen Strafe verurteilt, ohne als Milderungsgrund in Betracht zu ziehen, daß der Täter im Krieg mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse ausgezeichnet wurde.

lichen Material entnommen, sie könnten tausendfach aus der Berichterstattung der Arbeiter ergänzt werden. Es zeigt sich, daß der Willkür der Unternehmer in der Gestaltung der Betriebsordnungen keine Grenzen in der Ausbeutung ihrer Gefolgschaften gesetzt sind.

Aber auch die Tarifordnungen haben, wie die »Deutschland-Berichte der SPD« im Juliheft an zahlreichen Beispielen belegen, die letzten Beschränkungen der täglichen Arbeitszeit für große Arbeitengruppen aufgehoben und die 54- bis 60-Stundenwoche als Regel festgesetzt. Dazu kommen die Erlasse aus dem Vierjahresplan, in denen der Zehnstundentag für Bau- und Kriegsindustrie zur Norm erhoben wird. Im Rahmen dieser wehrwirtschaftlichen Mobilmachung wird auch von den Bergarbeitern Sonntagsarbeit ohne Aufschlag verlangt. Aber sowohl im Ruhrgebiet, wie im Waldenburger Revier haben sich die Bergleute solidarisch und mit Erfolg gegen das Verfahren von Sonntags- und Nachtschichten gewehrt.

Die Veröffentlichungen der »Deutschen Arbeits-Korrespondenz« sind Alarmzeichen, daß der Widerstand gegen die geradezu anarchistischen Zustände auf dem Gebiet der Arbeitsdauer beginnt, einen kollektiven Charakter anzunehmen. Die Massen, die den Kampf um Lohn und Arbeitszeit führen, lassen sich mit Gewalt zeitweise unterdrücken, aber auf die Dauer nicht ersetzen — sie sind unentbehrlich.

Das Reichsgericht hat dieses Urteil aufgehoben und in der Entscheidung erklärt:

»Mit Recht ist stets die ehrenvolle Teilnahme eines Angeklagten am Kriege als strafmildernd angesehen worden, denn wenn man die Straftat zutreffend als einen Angriff gegen die Volksgemeinschaft auffaßt, muß man folgerichtig zugunsten des Angeklagten es auch berücksichtigen, wenn er im Kriege für diese Volksgemeinschaft gekämpft, sich dabei ausgezeichnet und durch Verwundung Opfer gebracht hat.«

In den Konzentrationslagern erdulden heute noch Hunderte von — »ehrenvoll dekorierten« — Kriegsteilnehmern die entsetzlichsten Qualen, werden heute noch Träger des Eisernen Kreuzes von grünen Jungen mißhandelt und angespien. Jüdischen Kriegsteilnehmern, die an den Folgen einer Verwundung kranken, sind die deutschen Heilbäder gesperrt — sie dürfen sich kaum mehr auf eine Parkbank setzen. Weil alle diese Männer sich niemals gegen das Strafgesetz vergangen haben, sieht kein Reichsgerichtsrat oder Senatspräsident sich veranlaßt, sie in Schutz zu nehmen.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphica«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. M. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia. Kontrollpostamt: Poštovní úřad Karlovy Vary 3. — Aufgabepostamt Karlsbad 3.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2.45 (29.50), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Gold. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Österreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (L.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 194.797. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.